

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 11.

Freitag, den 14. Januar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“.

Das englische Wahlsystem.

Aus London wird berichtet:

Im kontinentalen Europa ist die Ansicht weit verbreitet, daß wir es in England mit einem durchaus demokratischen Wahlsystem zu tun haben. In Wirklichkeit ist dies nicht der Fall. Den englischen Wählern steht allerdings ein weit größerer Einfluß auf die Staatsgeschäfte zu, als z. B. in Deutschland, aber die gesetzlichen Bestimmungen über Wahlrecht und Wahlverfahren haben die Wirkung, einen sehr erheblichen Teil der erwachsenen männlichen Bevölkerung seines Stimmrechts zu berauben, während sie einem noch größerem Teile der Wähler jede Möglichkeit nehmen, von ihrem Stimmrecht einen wirksamen Gebrauch zu machen.

Wie alle englischen Verfassungsgesetze, so ist auch das Wahlsystem nicht systematisch und planmäßig entworfen worden, sondern im Laufe der Jahrhunderte emporgewachsen und von Zeit zu Zeit den Bedürfnissen der wechselnden Umstände gemäß in seinen einzelnen Bestimmungen modifiziert worden. Die Folge davon ist, daß die heute geltenden englischen Wahlsysteme viel alten Plunder mit sich schleppen und an Bestimmtheit und Klarheit viel zu wünschen übrig lassen. Das Wahlrecht ist verschieden in England, in Schottland und in Irland; es beruht auf abweichenden Grundsätzen in städtischen und in ländlichen Wahlkreisen, es weist noch mannigfache Spuren einer auf dem Zustufen ruhenden Gesellschaft auf und ist auch in vielen anderen Beziehungen voll der widersinnigsten Ausartungen.

Das Stimmrecht ist im ganzen an etwa 17 verschiedene Eigentums- oder Besitzesverhältnisse gebunden, von denen die demokratischste vom Wähler verlangt, daß seine Wohnung oder Stube unmöbliert einen Mietwert von 200 Mark jährlich repräsentiert. Die überwältigende Mehrheit der Arbeiter-Wähler erhält ihr Stimmrecht ausschließlich auf Grund dieser Eigenschaft, welche die zweite Reformbill vom Jahre 1867 einführt. Aber es gibt noch immer große Scharen von unqualifizierten Arbeitern, Heimarbeitern und vielen anderen Kategorien schlechtbezahlter oder nicht selbstständig wohnender Arbeiter, welche diese Eigenschaft nicht erreichen und so ihres Wahlrechts beraubt sind. Diese Wahlrechtsbeschränkung hat im Vereine mit anderen rückwärtigen Bestimmungen des Gesetzes zur Folge, daß von rund 12½ Millionen erwachsener Männer des Vereinigten Königreichs bloß 7½ Millionen das Wahlrecht besitzen, während rund 5 Millionen oder 40 Prozent der erwachsenen männlichen Bevölkerung politisch rechtlos sind.

Sehr rückwärtig sind auch die Bestimmungen des englischen Wahlsystems mit Bezug auf die Wählerlisten und die erforderliche Wohndauer. Wählen kann nur, dessen Name in die Wählerliste eingetragen ist. Die Wählerlisten werden in jedem Jahre am 1. August veröffentlicht und spätestens am 20. August müssen alle Einsprüche gegen Ansetzungen erhoben sein. Der Wähler, dessen Name in der Wählerliste fehlt und diesen Zeitpunkt für den Einspruch verläßt, geht seines Stimmrechts verlustig. Ferner müssen als Wohnungsmieter qualifizierte Wähler — wie erwähnt, ist dies die für Arbeiter fast ausschließlich in Betracht kommende Wahlrechtsqualifikation — ihren Anspruch auf das Stimmrecht jedes Jahr von neuem begründen, um in die Wählerliste eingetragen zu werden. Sodann muß in England ein Wohnungsmieter zumindest 12 Monate vor dem 15. Juli in demselben Hause gewohnt haben, um in die Wählerliste zu kommen, während Hausmieter oder Eigentümer innerhalb desselben Wahlkreises ihre Wohnung beliebig oft wechseln können, ohne das Stimmrecht zu verlieren. Wie man sieht, haben alle die Gesetzesbestimmungen ganz offenkundig den Zweck, die Arbeiterwähler zu benachteiligen und sie an der Ausübung ihres Stimmrechts zu verhindern. In zweifelhaften Fällen hat ein von den hohen Richtern ernannter Beamter, der Revising Barrister, die Entscheidung in der Hand, und gegen dessen große Nachbefugnisse hat der Wähler so gut wie gar kein Einspruchsrecht.

Eine der schlimmsten Ausartungen des englischen Wahlsystems ist das noch immer bestehende Pluralvotum. Theoretisch ist die Wahlberechtigung in England nicht an die Person des Wählers, sondern an sein Eigentum oder seinen Besitz gebunden. Diesem Grundsatz zufolge kann eine und dieselbe Person in mehr als einem Wahlkreise stimmberechtigt sein und dieses Stimmrecht auch ausüben. Dies ist namentlich in ländlichen Wahlkreisen der Fall, wo der bloße Eigentumstitel zur Stimmberechtigung genügt, während in städtischen Wahlkreisen auch der Wohnsitz zur Stimmberechtigung erforderlich ist. Es kommt oft genug vor, daß eine reiche Person in einer ganzen Anzahl von Wahlkreisen stimmberechtigt ist, und

die Ausübung dieses Pluralvotums wird durch den Umstand ermöglicht und erleichtert, daß die Wahlen in England nicht gleichzeitig in allen Wahlkreisen stattfinden, sondern sich mehrere Wochen lang hinziehen. Am auffälligsten tritt dieses Pluralvotum in London in die Erscheinung. Groß-London zerfällt in 7 ländliche, 30 städtische Wahlkreise und einen Universitäts-Wahlkreis. Es kann demnach leicht vorkommen, daß ein und dieselbe reiche Person in London allein in 10, ja 20 oder gar in 38 Wahlkreisen auf 38 verschiedene Kandidaten ihre Stimme abgeben kann. Es ist nur billig, zu erwähnen, daß die liberale Regierung im Jahre 1906 eine Bill zur Abschaffung des Pluralvotums einbrachte. Die Vorlage passierte auch mit großer Majorität das Unterhaus, wurde aber von den Lords mit 143 gegen 43 Stimmen zurückgewiesen. Im Jahre 1909 machte die liberale Regierung nochmals den Versuch, das Pluralvotum wenigstens für London abzuschaffen, indem sie die ganze Metropole in einen einzigen Wahlkreis umwandeln wollte. Auch diese Vorlage wurde vom Unterhause mit einer sehr großen Mehrheit angenommen, aber ebenfalls vom Oberhause mit 157 gegen 40 Stimmen abgelehnt.

Auch die englische Wahlkreiseinteilung läßt manches zu wünschen übrig. Wenn auch die Wahlkreisgeometrie hier keine so raffiniert ausgebildete Kunst ist wie in Deutschland, so haben sich doch auch seit der letzten Wahlkreiseinteilung im Jahre 1885 manche Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten ergeben. Der größte Wahlkreis ist Romford in Essex mit 51 043 Wählern, der kleinste Kilkeny in Irland mit 1700 Wählern, während bei einer gleichmäßigen Einteilung der Wahlkreise jeder Abgeordnete 11 366 Wähler repräsentieren würde.

Einer der am unerträglichsten gewordenen Umstände des englischen Wahlsystems ist der, daß schon eine relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur endgültigen Wahl eines Abgeordneten genügt. Es gibt in England weder Stichwahlen noch Proportionalvertretung, sondern als gewählt gilt derjenige Kandidat, der die meisten Stimmen auf sich vereinigte. Dies System paßt zu der Zeit, als es in England bloß zwei Parteien gab, die um die Herrschaft stritten; die relative Mehrheit war zugleich auch die absolute Mehrheit. Aber heute, wo die Arbeiterpartei immer mehr an Boden gewinnt und in immer zahlreicheren Wahlkreisen ihre Kandidaten aufstellt, wird dieses System mehr und mehr unerträglich. Zudem behindert es auch das Aufkommen jeder dritten Partei, auch der Arbeiterpartei, weil die „Zerplitterung der Stimmen“ das Durchschlüpfen eines Kandidaten erleichtert, der nur eine Minderheit der Wähler vertritt.

Das größte Hindernis einer entsprechenden und wirksamen Vertretung der Arbeiterschaft im Parlament ist die geradezu unerschwingliche Höhe der Wahlkosten und die Abwesenheit von staatlichen Diäten für die gewählten Abgeordneten. Die Maximalhöhe der statthaltigen Wahlausgaben ist gesetzlich festgelegt. Dieses Maximum ist verschieden in England, Schottland und Irland, verschieden in städtischen und ländlichen Wahlkreisen, aber überall viel zu hoch. Es beträgt ausschließlich der amtlichen Wahlgebühren im Durchschnitt wohl über 15 000 Mk. pro Wahlkreis. Aber dies sind noch mannigfache Mittel und Wege gefunden worden, das Gesetz zu umgehen und die Wahlkosten eines Kandidaten noch höher hinaufzuschrauben. Hierin ist die Erklärung dafür zu suchen, daß jahraus jahrein und namentlich bei allen Wahlen eine Anzahl von allerlei „unparteiischen“ Leuten plötzlich zum Vorschein kommt, um dann ebenso schnell wieder zu verschwinden. Die Budget-Liga, die Anti-Budget-Liga, die Tarifreform-Liga, die Freihandels-Liga und die zahllosen kleineren und obskureren Ligen sind alle zum großen Teil dazu da, die Ausgaben des Kandidaten oder seiner Partei zu erhöhen, ohne den Buchstaben des Gesetzes über die Wahlkorruption zu verletzen. Die amtliche Wahlgebühren (Returning Officer's fee) ist ebenfalls sehr hoch und beträgt im Durchschnitt rund 6000 Mark pro Kandidaten.

Es sind diese letzteren Gesetze, die dem ganzen englischen Wahlsystem den Stempel aufdrücken. Trotz der äußerlich demokratischen Formen sind die englischen Wahlsysteme durchaus plutokratischen Charakters. Sie sorgen dafür, daß fast ausschließlich reiche Personen ins Parlament gewählt werden und daß beide regierungsfähige Parteien, die liberale nicht minder wie die konservative, gänzlich der Kontrolle einer geringen Anzahl reicher Kapitalisten ausgeliefert sind. Eine Arbeitervertretung im Unterhause konnte nur dadurch gesichert werden, daß sich die organisierte Kraft der Gewerkschaften diesem Bestreben zur Verfügung stellte. Nun hat das Oberhaus mit seiner bekannten Gerichtsentscheidung auch diesen Weg versperrt. Die erste Vorbedingung zur Demokratisierung des englischen Wahlsystems ist die Einführung staatlicher Diäten und der staatlichen Deckung der Wahlausgaben, zumindest aber der amtlichen Wahlgebühren. Dahingehende Resolutionen sind bereits wiederholt vom Unterhause angenommen worden, zuletzt am 12. Mai 1909, und zwar mit 242

gegen nur 92 Stimmen. Aber sowohl die konservativen wie die liberalen Regierungen haben sich bisher hartnäckig gestäubt, diese so notwendige Reform durchzuführen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Blamage der Regierung.

Die Besprechung der Interpellationen über die Rattowiger Maßregelungen, die am Donnerstag im Reichstage fortgesetzt wurde, vollendete die Blamage der Regierung. In anerkennenswerter Weise und mit kräftigen Worten wandte sich der alte Freisinnige Schrader gegen die Maßregelungen und ließ sich durch den Umstand, daß es sich um Gegenkandidaten des Liberalismus gehandelt hat, für die die Gemäßigten gestimmt haben, auf den höchsten Punkt beirren. Dadurch unterschied sich Herr Schraders Rede sehr vorteilhaft von der seines Fraktionskollegen Doormann, eines hakatistisch angehauchten Oberlehrers aus Oberschlesien, der zwar mit Ach und Krach auch zu einer Verurteilung der Maßregelungen gelangte, aber es für geschmackvoll erachtete, zuvor dem Zentrum eine Ostmarkenvorlesung zu halten. In kraftvoller und gehaltreicher Rede wies Genosse Südekum auf den Zusammenhang der Rattowiger Maßregelungen mit dem elendsten aller Wahlsysteme hin. Bezeichnenderweise hatte in der vorigen Sitzung der Zentrumsgraf Oppersdorf in seiner sonst recht guten Rede es vermieden, auf den höchsten Punkt einzugehen. Das paßt ganz in den Rahmen der zweideutigen Zentrumspolitik in der Wahlrechtsfrage. Gleich Herrn Schrader charakterisierte auch Dr. Südekum die Laubbäumen-Politik des Majors von Bethmann, der zwar Zeit hat, bei den durch Geburt und Klassenwahl verurteilten Gesetzgebern seine Visitenkarte abzugeben, aber nicht für nötig erachtet, in einer höchst wichtigen Frage dem Reichstag Rede und Antwort zu geben. Unser Fraktionsredner vergaß auch nicht hervorzuheben, daß unsere Übereinstimmung mit Zentrum und Polen in dieser Frage selbstredend nicht eine Vergebung der Sünden dieser Schnapsblockkomplizen bedeutet. Mit einer kläglich gestammelten Hakatistenrede plagte der freikonserervative Schulrat Kolbe das Haus, soweit es sich dieser unerträglichen Qual nicht durch Flucht entzog. Durch allerschand Maßregeln gestaltete das Mitglied der Schackfraktion, Herr Latmann, seine Rede etwas amüsanter, wenn auch nicht gehaltvoller. Der wackere Antisemit möchte die Beamtenmaßregelung verallgemeinert und zum Staatsprinzip erheben sehen. Nur das Indusföhren soll den Beamten freistehen. Staatssekretär Delbrück griff noch einmal in die Debatte ein, natürlich nur, um ein erneutes Fiasko davonzutragen. Nicht ohne Leidenschaft und Wirkung sprach der Pole v. Dziewowski, wenn auch sein Versuch, die Polenfraktion wegen ihrer sommerlichen Steuerhaltung zu reinigen, total verunglückte. — In 6. Nachmittagsstunde nahm man noch die Beratungen der Justizgesetze in Angriff, kam aber nicht über eine völlig unverständlich bleibende Rede des Staatssekretärs Lisso hinaus, die mit einem Schlage den verstoffenen Niederding in den Ruf eines geistvollen Plauderers und wahren Demosthenes brachte.

Am Freitag will man in der Beratung fortfahren.

Die Antwort an die gemäßigten Lehrer.

Die aus Rattowitz veretzten Lehrer hatten sich an das preussische Kultusministerium mit der Bitte gewandt, von der Veretzung Abstand zu nehmen. Diese Bitte wurde abgelehnt, und wahrscheinlich auf Veranlassung des Kultusministeriums wird nunmehr das Schreiben des Ministers veröffentlicht. Aus diesem Schreiben sind folgende Sätze von allgemeinem Interesse:

„Ihre erzieherische Einwirkung auf die heranwachsende Jugend kann den erwünschten Erfolg nicht zeitigen, wenn die Lehrer in ihrem außeramtlichen Verhalten auch nur den Schein erwecken, als ob sie staatsfeindlichen Bestrebungen nahestehen. Unter keinen Umständen dürfen Lehrer, wie Sie in Ihrem Gesuche selbst anerkennen, großpolnische Bestrebungen in irgendwelcher Weise unterstützen. Dieser an alle Lehrer und Beamte in jenen Gegenden zu stellenden Forderung haben Sie durch die Stimmabgabe für einen Anhänger der großpolnischen Partei bei den letzten Stadtverordnetenwahlen in Rattowitz nicht entsprochen. Sie haben damit gezeigt, daß Sie in dieser, der großpolnischen Propaganda ausgelegten Stadt nicht am Platze sind. Die königliche Regierung hat Sie daher mit Recht von dort im Interesse des Dienstes veretzt.“

Als eine besondere Gnade wird es den Lehrern angedeutet, daß sie in Oberschlesien bleiben dürfen und nicht in rein deutsche Bezirke veretzt sind.

Die Budgetkommission des Reichstages

erledigte gestern den Nachtrag für Ostafrika und bewilligte — gegen die Stimmen der Sozialdemokraten — die erste Rate von 2 Millionen für den Bau der Ufandababahn. Hieran trat die Kommission in die Beratung des Nachtragsrats für Südwestafrika ein. Die eigenen Einnahmen aus Zöllen waren im Etat mit 1 200 000 Mk. veranschlagt. Sie werden aber voraussichtlich rund 3 Millionen mehr ergeben, weil die Diamantproduktion entsprechend gestiegen ist. Der Verkaufswert der Ausfuhr wird auf rund 12 Millionen geschätzt. Hiervon ist ein Ausfuhrzoll von 1/2 des Wertes = 4 Millionen zu erheben. Eine von den Privatgesellschaften der Kolonie eingereichte Beschwerde wegen Bevorzugung der deutschen Diamantengesellschaft durch den Kolonialsekretär gibt diesem Veranlassung, in längeren Ausführungen dem entgegen zu treten. Er führte u. a. aus: Wir treiben keine Kolonialpolitik für die paar Welken, sondern für das Reich. Den Partikularismus, der sich darin ausdrückt: Südwestafrika den Südwestafrikanern, mache er nicht mit.

Die Berliner Jugendorganisation aufgelöst!

Der Berliner Polizeipräsident hat mit Verfügung vom Donnerstag, dem 13. Januar die Berliner Jugendorganisation für aufgelöst erklärt. Dieser Gewaltstreik liefert neues Wasser auf unsere Mühlen.

Die Nationalliberalen und die Freisinnigen.

In einer Versammlung des nationalliberalen Wahlvereins für den Kreis Saarbrücken sprach der Abgeordnete Stresemann über die politische Lage. Er sagte unter anderem: Die erste Rede des neuen Kanzlers lasse auch nicht gerade erkennen, daß eine Regierung mit starkem Willen hinter ihm stehe, und die unglücklichsten Seiten für unser Volk seien immer die einer schwachen Regierung gewesen, die sich von einzelnen Parteien beherrschen lasse. Weiter widerlegt der Redner die Behauptungen von einem Umarmen der Nationalliberalen nach links. Ein solcher Umarmen sei nicht erfolgt, es liege vielmehr ein Rechtsabmarsch der Konservativen vor. Wenn wir früher, sagte der Redner, in manchen Fragen taktisch mit den Freisinnigen in vielen Beziehungen übereinstimmten, so liegt das daran, daß die Freisinnigen sich den Nationalliberalen genähert haben, daß die Zugkraft unserer Ideen sich in sachlicher Weise durchgesetzt hat. (1)

Für die Freisinnigen ist dieses Urteil über sie kompromittierend genug! Das hat der unselbige Block verschundet!

Jugendverein und Politik.

Im „Nationalen Jugendbund“, einer Gründung der Konservativen in Potsdam, in dem nach Versicherung der Gründer keine Politik getrieben werden soll, hielt Gymnasiallehrer Dr. Raffo einen Vortrag über „Weltpolitik“. Zu dem Vortrag waren besonders „höhere“ und Fortbildungsschüler eingeladen. Politik darf in Jugendvereinigungen nicht getrieben werden; ganz besonders darf man zu Schülern nicht von ihr reden. Hier hat man allerdings eine Ausnahme gemacht; lehrt doch der „Jugendbund“ auch unter dem liebevollen Protektorat eines Majors. Ob die Veranstalter und die Behörden Weltpolitik mit Politik nicht für identisch halten? Allerdings, — die deutsche Politik kann man kaum Politik nennen; es ist mehr eine Reihe von Unbegreiflichkeiten. Ob man aber auch zugeben würde, daß in einer Versammlung der freien Jugend ein Vortrag über Weltpolitik gehalten würde?

Über die preussische Wahlrechtsreform

macht ein Mitarbeiter der hochkonservativen „Schlesischen Zeitung“ nachstehende Mitteilung:

„Daß die Klasseneinteilung beibehalten wird, ist selbstverständlich. Den Ausgleich zwischen der Vorherrschaft des großen Geldbesitzes oben und der Menge der (häufig steuerfreien) Köpfe unten — um die nächstliegenden Worte „Plutokratie“ und „Demokratie“ zu vermeiden! — sollen Begünstigungen an den Mittelstand, an die höhere Bildung, an wirtschaftliche und soziale Rangstellungen bewirken. Man braucht hierbei nicht notgedrungen an die Zuerkennung von Zugeständnissen für solche Wählerkategorien zu denken. Der Gedanke liegt sich auch durch eine entsprechende Klasseneinteilung verwirklichen. Ob die indirekte Wahl in Form der Einziehung von Wahlmännern beizubehalten, hängt in den Ergebnissen der Wahlrechtsreform teilweise ihre Verantwortung. Da zum Teil schon die Wahlmänner nach bestimmten politischen Gesichtspunkten ausgewählt und beauftragt werden, könnte hier eine Änderung Platz greifen, die die Wähler direkt an die Wahlen beordert. Dagegen steht es fest, daß die öffentliche Wahl nicht aufgehoben wird.“

Deutschland als Vogelwende.

Das liebe deutsche Vaterland hat eine große Ehre erlitten — es ist zum Stiefkinder der freundschaftlichen Parteien im englischen Wahlkampf geworden. Was die englischen Konservativen betrifft, so ist die Rolle, die bei ihnen Deutschland mit seiner militärischen und maritimen Kultur spielt, allgemein bekannt. Deutschland gilt bei ihnen als Verkörperung des soldatischen Geistes, der soldatischen Sauf- und des soldatischen Kadavergehierens — ein wahres Symbol der Brutalität, der gegenüber alle Kräfte der moderaten Zivilisation gänzlich hilflos seien. Das Bild ist nicht ohne Wirkung, mag aber nicht desto weniger vielen gefallen, die nach dem jamaikanischen Rezept handeln wollen: oderum cum meumant — mögen sie uns hoffen, wenn sie uns nur fürchten! Nicht so allgemein bekannt aber ist es, daß Deutschland auch von den Liberalen als Schreckensbild vorgeführt wird, und zwar in seiner Eigenschaft als Land, das von der Wirtschaftspolitik seiner Herrscher auf einer niedrigen Kulturstufe erstickt wird. Bereits in den vorigen Wahlen von 1906 spielte seitens der Freihändler das deutsche Schwarzbrod und die deutsche Pferdefleischwirtschaft eine große Rolle als materielle Beweise dafür, was der deutsche Schutzzoll das deutsche Volk gebracht habe. Einer der populärsten liberalen Kandidaten, der Statistiker Elioze Rosen, hatte damals im Wahlkampf seinen Wahlkreis eine Art Ausstellung eingeweiht, auf der der schon englische Weizen-Cottage-Pastete des besten deutschen Roggenbrotes und der beste

saftige englische Roast Beef der deutschen Pferdefleisch gegenüberstanden. In dem jehigen Wahlkampf ist diese anschauliche Methode, die Vorteile des Freihandels zu beweisen, zu der allerbeliebtesten unter den Liberalen geworden. So sprach vor einigen Tagen der Schatzkanzler Lloyd George selbst auf einer Wahlversammlung wie folgt:

Warum ist der Deutsche Schwarzbrod und Pferdefleisch? Weil er die Schutzzölle zu bezahlen hat. Die „Daily Mail“ sagt uns — und sie sagt doch immer die Wahrheit (Lachen unter dem Publikum) — dieses Brot sei vorzüglich und die Deutschen lieben es. Nun gut, laßt die Lords es probieren! (Stürmisches Gelächter.) Setzt sie auf eine dreimonatige Diät von Roggenbrod und saftigen Rostfleisch, und ihr könnt sicher sein: nach Verkauf von drei Tagen werden die Lords sagen: nehmen wir lieber das Budget an. Und es gibt noch eine andere Probe. Habt ihr in eurer Gegend viele Bagabunden und Landstreicher? (Aus dem Publikum: Ja!) Nun gut, verschafft euch einige Laibe des deutschen Schwarzbrotes, und wenn ein Landstreicher einmal kommt, schneidet ihm ein Stück ab. Ihr werdet ihn das zweitemal nicht mehr sehen. (Allgemeine Heiterkeit.)

Ad, was für eine Ehre! wie die Dame aus dem „Simplicissimus“ einmal sagte. Gewiß ist das alles stark demagogisch übertrieben. Selbst das im vorigen Jahre vom englischen Handelsministerium veröffentlichte Gelbbuch über die wirtschaftlichen Zustände im Deutschen Reich stellte fest, daß der Verbrauch von Pferdefleisch im allgemeinen verhältnismäßig gering sei und selbst in den Städten, wo viel davon verbraucht wird, höchstens sechs Pfund pro Kopf der Bevölkerung ausmacht. Andererseits hätte Herr Lloyd George gut getan, auch das Fleisch vorzuführen, das von den ärmeren Schichten der Bevölkerung in England verzehrt wird, jenes kirchliche Kind- und Hammelfleisch, fast schwarz und abstoßend, das am Sonnabend auf den Straßen zu 16 Pfennigen das Pfund verkauft wird und mit dem verglichen das frische Rostfleisch wie göttliche Ambrosia ist.

Immerhin ist nicht das im jehigen Zusammenhange der springende Punkt. Wichtig ist, daß Deutschland durch seine zwei schönen Einrichtungen, den Militarismus und den Schutzzoll, sich einen solchen Barbarenruf erworben hat, daß es zu Schutzwecken in der Kinderstube der unwissenden englischen Wählerschaft ausgeschlachtet werden kann. Das Land der Denker und Dichter ist zum Lande des Schwarzbrotes und des Pferdefleisches geworden — wie sollen die Deutschen ihren Herrschern nicht dankbar sein!

Cosin-Schweine.

Im Gesundheitsamt in Berlin werden zurzeit Schweine geprüft und geschlachtet, um die Wirkung des Cosin feststellen zu können. Während mit der gefärbten Gerste ein Schwein pro Tag 0,17 Gramm Cosin vertilgt, haben von den im Reichsgesundheitsamt verpflegten Schweinen, eines 240 Gramm, ein anderes sogar 300 Gramm Cosin getroffen, ohne an ihrer Gesundheit Schaden gelitten zu haben. Ein fieberkrankes Schwein hat sich sogar während der Fütterung mit Cosin-Gerste wieder erholt. Es müssen in der Tat Musterfleisch sein, die im Reichsgesundheitsamt als Versuchs-Objekte untergebracht sind.

Eine polnische Kandidatur in Mülheim-Gummersbach.

Die schon vor einigen Tagen laut gewordene Vermutung, daß die Polen beabsichtigen, eine eigene polnische Kandidatur für die Reichstagswahl in Mülheim-Gummersbach aufzustellen, bestätigt sich. Sie hoffen, daß ihre Stimmen in der Stichwahl den Ausschlag geben. In den nächsten Tagen sollen im Wahlkreise zahlreiche polnische Versammlungen stattfinden.

Es wird übrigens berichtet, daß in einigen Orten den sozialdemokratischen Flugblattverbreitern wieder übel mitgespielt wurde. Fanatisierte Bauern hielten Hunde auf sie, und schlugen mit Knütteln auf die Leute ein. Bei Wippertüch wurden stehende Verteiler stundenlang verfolgt.

Dänemark.

Die Furcht vor sozialistischen Ministern. Der Ministerpräsident Zahle hat jüngst in einer Versammlungsrede davon gesprochen, daß die radikale Regierung nur eine zeitweilige sei und eines Tages von einer andern Regierung abgelöst werden; sei es von einer radikal-sozialdemokratischen, sei es von einer gemäßigt-konservativen. Er glaube freilich nicht, daß es eine konservative Regierung sein werde, denn dazu sei die Politik der Konservativen zu schlecht. Daß die Regierungen unter dem parlamentarischen System beständig wechseln, sei übrigens ein großer Vorteil, denn da wüßten die Männer, die an der Spitze der Verwaltung stehen, daß andere kommen, und daß sie einen reinen Tisch hinterlassen müßten. Diese Äußerungen werden nun von den antisozialistischen und „liberalen“ Gegnern des Ministeriums, denen es ganz und gar an einer zugkräftigen Wahlparole fehlt, ausgenutzt, um den Wählern vor sozialdemokratischen Ministern bange zu machen. Unter der Parole des Kampfes gegen den Sozialismus möchte man vor allem eine Sammlung der durch die verräterische Politik ihrer Führer a la Alberti arg mitgenommenen Reformpartei und ihres mehr oder minder konservativen Anhangs zustande bringen. Deshalb gibt man zahllos Äußerungen so wieder, als hätte er ganz bestimmt den Rücktritt des Ministeriums, und, wenn die Wahlen danach ausfallen, die Bildung eines sozialdemokratisch-radikalen Ministeriums in Aussicht gestellt, wogegen sich Zahle jüngst verwahrt hat. „Sozialdemokraten“ aber schreibt, daß, solange der Parlamentsbeschluss von 1908 in Kraft bleibe, die dänische Sozialdemokratie nicht an der Bildung einer Koalitionsregierung teilnehmen werde. „Nur wenn die Sozialdemokratie bei den kommenden Wahlen eine rein sozialdemokratische Mehrheit erringen würde, könnte also von sozialdemokratischen Ministern die Rede sein. Die Sozialdemokratie wünsche übrigens nicht, daß das Ministerium Zahle zurückträte, bevor es seine Aufgaben — die Kasierung der Alberti-Korruption, die Wahlkreisreform und die Verfassungsreform — gelöst habe.“

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 14. Januar.

Achtung, Stukkateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma F. r. Faber, Lübeck, für Stukkateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Als treuer Bundesgenosse im Kampfe gegen die Schundliteratur muß unstrittig die seit Jahren erscheinende Wochenchrift „In freien Stunden“ angesprochen werden. Neben ausgewählten erstklassigen Romanen, Novellen und kleineren Erzählungen bringen die „Freien Stunden“ vorzüglich dem Text angepaßte Illustrationen. Und dabei kostet diese, dem Geschmack der Leser läuternde und ihn zum Verständnis wirklich guter Literatur erziehende Zeitschrift auch nur 10 Pf., so daß sie jeder Arbeiter, jede Arbeiterin die Bedürfnis nach anderer als nur Zeitungslektüre haben, kaufen kann. Hoffen wir, daß die „Freien Stunden“ auch in Zukunft im Kampfe gegen die Schundliteratur recht gute Erfolge erzielt. Man beachte zur besseren Information des heute beliegenden Prospekt.

Umtausch von alten Invaliditäts- und Altersversicherungsschnittkarten. Gemäß § 135 des Invalidenversicherungsgesetzes vertiert eine Quittungskarte ihre Gültigkeit, wenn sie nicht innerhalb zweier Jahre nach dem auf der Karte verzeichneten Ausstellungstage zum Umtausch eingereicht ist. Um die Versicherten vor Weiterungen zu schützen, sei darauf aufmerksam gemacht, daß alle im Jahre 1908 ausgestellten Quittungskarten ohne Rücksicht darauf, ob sie vollgültig sind oder nicht, innerhalb zweier Jahre nach dem Tage der Ausstellung — also innerhalb des Jahres 1910 — der Hebe- und Meldestelle zur Aufrechnung und zum Umtausch vorzulegen sind, z. B. eine am 15. Januar 1908 ausgestellte Karte spätestens am 15. Januar 1910. Kosten erwachsen den Inhabern durch die Aufrechnung der alten und Ausstellung einer neuen Quittungskarte nicht.

Gewerbegericht. Nicht weniger als 118 überstunden hat der Gärtner D. in zwei Monaten gemacht, für die er keine Bezahlung erhielt und für welche der Kläger nun Entschädigung verlangt. D. nahm im September v. J. bei den Gärtnervereinsfrauen G. und D. als Verwalter der Gärtnervereinsstelle an und machte mit dem Geschäftsführer eine geregelte Arbeitszeit aus. Vom November ab wurde der Kläger als Blumenbinder beschäftigt und bei dieser Tätigkeit mußte er ohne Entgelt halbe Nächte schuften. Der Geschäftsführer nahm die gelegentlichen Äußerungen D.s über Vergütung der Überarbeit nur als Scherz an und entledigte sich der „hängenden Verantwortung“ mit der Bemerkung, in Blumenbüdnerei sei es nicht üblich für Mehrarbeit auch noch besonders zu bezahlen. Schließlich einigen sich die Parteien dahin, daß die beiden Geschäftsinhaberinnen dem Mann 15 Mk. anbieten, womit dieser glaubt, seine Nachtarbeit genügend bezahlt erhalten zu haben, denn er willigte in den Vergleich. — Die Brotträgerin W. klagt vom Bäckermeister R. 2,50 Mk. rückständigen Lohn ein, den der Beklagte trotz Vertretung des Klageanspruchs dem Vertreter der Frau, ihrem Ehemann, sofort auszahlt. — Eine Reinmachefrau K. und eine Kochfrau B. klagen vom Wirt F. je einen rückständigen Wochenlohn ein. Erstere fordert 9, letztere 10 Mk. Der Beklagte war nicht erschienen, und seine Frau, die ihn vertreten wollte, hatte keine Vollmacht hierzu. Es wurde ein Versäumnisurteil erlassen, das den Frauen ihr Geld zuspricht, und welches die Wirtin ihnen sofort auszahlt.

Der bunte Hans. Für den Hansjand haben die Leute vom Bund der Landwirte eine Bezeichnung erfunden, die vermutlich bald von den Bündlern allgemein angenommen werden wird. Auf der Bündlerparade für Schleswig-Holstein behandelte der Junker von Levetzow den Hansjand, den er unter dem Gewieher der Agrarier „Der bunte Hans“ taufte.

Abhanden gekommen sind am Sonntagabend in der Garberode des Gewerkschaftshauses zwei aus Anlaß des Unterhaltungsabends der Freien Jugend dort aufgegebenen neue Krabennützen. Sollte ein Besucher diese aus Irrtum an sich genommen oder sie gefunden haben, so wird dieser hierdurch ersucht, die Nützen im Parteisekretariat, Johannisstraße 50, oder in der Gaststube des Gewerkschaftshauses abzugeben.

Schwankende Gesundheit. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der Woche des alten Jahres, einschließlich des Neujahrstages, vom 26. Dezember bis 1. Januar in den meisten deutschen Städten gebessert, indem die Sterblichkeit zurückgegangen ist. Sie fiel auf 1000 Einwohner und auf ein Jahr berechnet, z. B. in Berlin von 14,2 auf 13,6. Von den übrigen Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern hatteachen eine Sterblichkeit von 10,8, Altona 14,2, Augsburg 8,7, Barmen —, Berlin —, Bielefeld 8,7, Bochum 10,2, Bonn 16,8, Braunschweig 12,1, Bremen 15,5, Breslau 19,2, Breda 13,2, Charlottenburg 12,0, Chemnitz 15,2, Danzig 22,0, Darmstadt 13,2, Dortmund 16,3, Dresden 11,2, Deutsch-Wilmersdorf 7,2, Duisburg 16,4, Düsseldorf 10,4, Eisenfeld 11,2, Erfurt 19,3, Essen 12,2, Elbing —, Flensburg —, Frankfurt a. M. 12,8, Frankfurt a. O. —, Freiburg i. B. 14,4, Gießen —, Gelsenkirchen 16,9, Gera —, M. Gladbach —, Gletzwitz —, Götting 20,3, Hagen 12,2, Halle a. S. —, Hamburg 16,8, Hannover 17,0, Harburg —, Heidelberg —, Karlsruhe 12,5, Kassel 11,3, Kattowitzer —, Köln 15,8, Krefeld 13,8, Kiel 9,9, Königsberg i. P. 20,5, Königsbrunn —, Koblenz —, Leipzig 12,0, Linden 12,4, Lüneburg —, Lübeck 15,9, Ludwigshafen 11,1, Magdeburg 15,9, Mainz 11,1, Mannheim 12,3, Meß 18,1, Mülhausen i. E. 13,1, Mülheim a. d. R. 14,7, München 15,6, Münster, 15,1, Nürnberg 16,5, Offenbach 11,4, Osnabrück i. B. 15,4, Posen 22,4, Rixdorf 9,8, Rostock —, Saarbrücken 10,4, Schöneberg 8,1, Spandau 20,4, Stettin 13,8, Straßburg i. E. 16,5, Stuttgart 15,4, Wiesbaden 14,9, Würzburg 12,4, Zabrze 10,4, Zwickau 12,4.

Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen im Betrieb von Bäckereien und Konditoreien. Auf Grund der Bestimmungen unter I 3 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 4. März 1896, betreffend den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien, ordnet das Polizeiamt an, daß die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in den vorgedachten Betrieben über die festgesetzte Arbeitszeit hinaus für das Jahr 1910 an folgenden Tagen zugelassen ist: 18., 19. und 26. März, 13. und 14. Mai, 15. und 16. Juli, 2., 3., 5., 6., 7., 8., 9., 14., 15., 16., 19., 20. und 31. Dezember. Für die Dauer der Beschäftigung an diesen Tagen gelten die Bestimmungen unter I 3 Abs. 3 der obenerwähnten Bekanntmachung.

pb. Fahrraddiebstahl. Am 12. d. M. abends ist aus dem Hause Gewerbestraße 1 ein Fahrrad gestohlen. Dasselbe hat schwarzes Gestell, schwarze Felgen und Freilauf mit Rücktrittbremse. Die vordere Gabel ist eingebrochen. An dem Fahrrad befand sich die Polizeinummer 7402.

pb. Wer ist der Eigentümer? Auf dem Hofe des Hauses Adlerstraße Nr. 35 a ist am 12. d. M. ein Fahrrad Marke „Gyrex“ gefunden worden. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell, schwarze Felgen, Freilauf mit Rücktrittbremse, Schutzblech und Kadraufglocke. Die Fabriknummer ist 58922.

Holzverkauf. Am Freitag, dem 21. Januar etc., von nachmittags 2 Uhr ab, sollen beim Gastwirt Stapel- feldt in Cronsförde öffentlich meistbietend verkauft werden aus den Forstorten: Försterloppel, Grummesser Heide und Pflanzung, 128 St. Eichen-Drahtpfähle, 2 m lang, 200 St. Kiefern-Drahtpfähle, 2 m lang, 10 m Eichen-Kluff und Knüttel, 211 m Kiefern-Kluff und Knüttel, 185 St. starke Kiefern-Stangen, 9-12 m lang, 60 St. starke Weiß- erlen-Stangen, Drechlerholz, 8 St. Weißerlen-Stämme, mit 1,1 m, 9 Haufen Birken-Stangenbüsch, 80 Haufen Weiß- erlen-Stangenbüsch, 40 Haufen Kiefern-Stangenbüsch, 32 Haufen Eichen- und Buchenbüsch. Verzeichnisse liegen vom Sonntag, dem 16. Januar, ab auf der Stadtkasse, beim Gastwirt Stapelhof in Cronsförde und beim Revierförster aus. Zahlungen werden nach dem Verkauf entgegen- genommen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Sonnabend gelangt ausnahmsweise bei Mittelpreisen Gumperdins reizvolle Märchen-Oper „Hänsel und Gretel“ und hierauf das Ballett-Divertissement „Rosen aus dem Süden“ zum letztenmal zur Aufführung. — Am Sonntag, nachmittags 3 Uhr findet eine Wiederholung des Märchens „Schneewittchen“ mit Ballett zu Nach- mittagspreisen statt. Abends 7 Uhr geht, vielseitigen Wün- schen entsprechend, die reizvolle Operette „Die Fleder- maus“ von Johann Strauß nochmals in Szene. Herr Erb singt den Alfred, Frau Barisch die Rosalinde. — Für Mitt- woch, 19. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr steht ein hochinter- essantes Gastspiel des französischen Schauspiel-Ensembles (Repräsentations classiques françaises, Direktor A. Roubaud) bevor. Das Ensemble wird Molières Lustspiel „Der Geiz- hige“ (L'Avare) in französischer Sprache zur Aufführung bringen.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Sonntag geht die erfolgreiche Schwank-Novität „Liebes- 11sten“ (Vetke) von Gobbins zum erstenmal in Szene; dazu kommt das einaktige Schauspiel „Margot“ aus dem Zyklus „Rosen“ von Hermann Sudermann zur Auffüh- rung.

Secrecy. Die Partei-Versammlung findet am Sonnabend, dem 15. Januar, abends 9 Uhr bei Herrn S. Fröhne statt. Zahlreiches Erscheinen der Genossen wird erwünscht.

Malente. Versammlung. Am Montag, 17. Januar, abends 8 Uhr, findet eine außerordentliche Versammlung des Arbeiter-Wahlvereins bei Lühe statt. Auf der Tagesordnung steht Besprechung betreffend Gründung einer Ortskrankenkasse. 2. Vorschläge der Gemeinde, Armen- und Schul- kasse der Gemeinde Malente für 1910. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen der Genossen drin- gend notwendig.

v. Wölln. Kollegien-Sitzung. In der gestern nachmittag stattgehabten Sitzung der städtischen Kollegien hielt Bürgermeister Ditken eine Ansprache, in welcher er u. a. wünschte, daß bald Ruhe und Frieden in Wölln ein- zutreten möge. Bekanntlich seien aber Personen vorhanden, die Ruhe und Frieden nicht haben wollten. Nach Festsetzung einiger Bau- und Straßenfluchtlinien wurde über den An- kauf des „Siechenberges“ als Bauplatz für das zu erbauende Krankenhaus verhandelt. Die Geschichte des Krankenhau- sbaus in Wölln zu schreiben, wäre eine dankbare Aufgabe für einen Historiker und lehrreich deswegen, weil daraus zu lernen wäre, wie man solche notwendigen Bedürf- nisse einer Kommune nicht behandeln soll. Nach längerer, zeitweise erregter Debatte wurde beschlossen, den Siechen- berg als Bauplatz für das Krankenhaus von der Kirchengemeinde für 8000 Mk. anzukaufen unter der Voransetzung (woraan wohl nicht zu zweifeln ist), daß dort gutes Wasser in genügender Qualität, 3 Kubikmeter täglich, durch eine Pumpe zu beschaffen ist. Der Bau des Krankenhauses soll nun aber energisch gefördert werden; hoffen wir das Beste. — Der Schiffszimmerer Burgdorf in Lanenburg be- antragt, ihm einen am Ziegelsee bei der Mergelgrube bele- genen Platz von 20 zu 20 Meter zur Errichtung eines „Boordbauplatzes“ käuflich zu überlassen. Die Kollegien beschließen, den gewünschten Platz auf 5 Jahre gegen jährlich 20 Mark Pacht an B. zu ver- pachten. Damit würde der Anfang einer Industrieentwick- lung am Kanal gemacht sein. Nach Neu- resp. Wiederwahl der verschiedenen Kommissionsmitglieder für 1910 fand noch eine geheime Sitzung statt. — Das Altonaer Schwur- gericht verhandelte am Donnerstag gegen den wegen Sittenverbrechens angeklagten Mauerergesellen L. aus Wölln, der beschuldigt wird, sich gegen die im Werk- und Armenhaus in Wölln untergebrachte Dorothaea G. vergangen zu haben. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Angeklagte wurde zu 1 Jahr 9 Mo- naten Zuchthaus verurteilt.

Wölln. Protestversammlung. Am Sonntag, dem 16. Januar, nachmittags 4 Uhr, findet bei Aug. Vor- rath eine öffentliche Protestversammlung gegen die preu- ßische Dreiklassenwahlrecht statt. Wir eruchen unsere Ge- nossen und Leser, energisch für einen Massenbesuch dieser Versammlung zu agitieren. Unsere Rechtlosigkeit muß einen Massenbesuch ermöglichen. Alle Mann an die Arbeit!

Hamburg. Strafantrag wegen vorzeitiger Veröffentlichung eines Senatsantrages. In der letzten Sitzung der Bürgerkammer gab der Vorsitzende von folgendem Schreiben des Präsidenten des Senats Kenntnis: „Guerec Hochwohlgeboren beehre ich mich, auf das gefällige Schreiben vom 17. v. M., betreffend vorzeitige Veröffentli- chung des Senatsantrages auf Wiederherstellung des kleinen

Gas-Schalters auf dem Grasbrook in den Zeitungen, zur vorläufigen Kenntnissnahme mitzutheilen, daß die Staats- anwaltschaft am 16. v. M. erlucht worden ist, ein Strafver- fahren auf Grund § 332 St.-G.-B. einzuleiten, um auf diese Weise Klarheit über den Ursprung der Notizen in der „Weserzeitung“ und im „Hamburger Fremdenblatt“ zu schaffen. Nach einer Mitteilung der Staatsanwaltschaft vom 31. v. M. hat das Verfahren bisher zu keinem Er- gebnis geführt.“ — Wenn die weiteren Ermittlungen ein Ergebnis haben, was allerdings recht unwahrscheinlich ist, soll Mitteilung an die Bürgerkammer erfolgen.

Hamburg. Der Raubmord in der Pool- straße Nr. 7, dem Mittwochabend die 53-jährige unver- ehelichte Fondleierin Louise Merkl zum Opfer fiel, muß zwischen 8 Uhr 20 Minuten und 11 Uhr geschehen sein, da die Gekerkte der Ermordeten um 8 Uhr 20 Minuten das Haus verlassen hat und der Beamte der Wach- und Schließ- gesellschaft bald nach 10 Uhr den Mord entdeckt hat. Aus- scheinend ist der Mörder mit großer Sach- und Drillskenntnis vorgegangen. Er fand die Ladentür nicht verschlossen und hat dann die Frau wahrscheinlich zunächst mit Hammer- schlägen angegriffen und dann, als der Hammer, dessen Stiel neben der Leiche gefunden wurde, abgefallen war, eine Kohlenhaufel zu Hilfe genommen. Auch ein mit Blut be- splattetes Stück Holz lag an der Mordstelle, sowie ein Messer, das das Fabrikzeichen Gram mit je einem Stern zur Seite und die Firma Wilhelm Weber trägt. Verschiedene Anzeichen lassen darauf schließen, daß ein Kampf zwischen dem Opfer und seinem Mörder stattgefunden hat. Nach dem Mord eignete sich der Mörder alle Pfandgegenstände von größerem Wert, Uhren, Ringe, Armbänder und Bro- schen, darunter eine mit 20 Brillanten, ein und raubte etwa 1300 Mk. in barem Gelde aus der im Goldschrank stehenden Kaffette. Silberne Uhren und andere nicht sehr wertvolle Sachen ließ er liegen. Ein unter der Kaffette liegendes ver- schränktes Kästchen mit etwa 50 bis 100 Mk. hat er unberührt gelassen. Darauf hat der Mörder seine Hände mit einem Handtuch abgewischt und auch an der Leiche die Blutspuren oberflächlich zu beseitigen versucht. In der Nacht wurden von der Kriminalpolizei umfassende Recherchen angestellt. Gestern morgen ist die Leiche in der vorgefundenen Stellung photographiert worden. Eine Gerichtskommission hat vor- mittags den Tatort besichtigt, es fand sich noch ein von dem Mörder nicht entdecktes Portemonnaie mit einer klei- nen Geldsumme vor. Um 1 1/2 Uhr wurde die Leiche in die Leichenhalle des Pafentrankenhauses geschafft, wo mor- gen nachmittags eine Sektion des Leichnams vorge- nommen werden soll. Den ganzen Vormittag untagerte eine große Menschenmenge das Haus. Die Polizeibehörde hat auf die Ergreifung des Täters eine Belohnung von 1000 Mk. ausgesetzt. — Die Person der Ermordeten. Die Ermordete wohnte allein und hatte zu ihrer Hilfe seit Februar 1909 ein 18-jähriges junges Mädchen Könncke tags- über beschäftigt, das abends zu ihren Eltern, Carolinen- straße, ging und gestern die Merkl um 8 Uhr 20 Min. ver- lassen hatte. Gegen 8 Uhr nachts wurde sie und ihre Familie von einem Kriminalbeamten aus dem Schlaf geweckt. Man hatte ihre Adresse aus einer am Tatort gefundenen In- validentarte festgestellt. Die Ermordete stand in dem Ruf, sich hauptsächlich mit dem An- und Verkauf von solchen Sachen zu befassen, deren Ursprung nicht ganz einwandfrei war: Einblick in ihr Geschäft ließ sie nicht gewähren; doch mußte man, daß Diebe, Nepper und Geher bei ihr aus- und eingingen. Namentlich der Handel mit zusammengeschmolzenen Goldsachen soll ihr viel ein- gebracht haben. Sie hatte wenig oder gar keinen privaten Umgang. Zwar wird ihr im allgemeinen Gutherzigkeit nachgerühmt, doch soll sie ihre Geschäfte krupellos ausgeführt haben. Den Gerüchten nach soll sie das Geschäft von ihrem Vorgänger S. Maackon, dessen Name neben dem ihrigen auf dem Firmenschild steht, nach Verfall einer teilweise überlassenen größeren Summe an sich gebracht haben. Ausgeschlossen erscheint es nicht, daß die Erledigung eines Geschäfts erst den Anlaß zu einer Differenz gab, die dann zu Gewalttätigkeiten und schließlich zu dem Mord führte. Ebenso naheliegend scheint es aber auch, daß der oder die Täter die Lebensgewohnheiten der Ermordeten genau kannten und den Fortgang der Könncke abgewartet haben, um ihren vorbedachten Plan auszuführen. In den Kreisen ihrer Kunden ist der Mörder jedenfalls zu suchen. In zweifelhaften Geschäften empfing sie diese nur abends nach Geschäfts-schluss, wenn sie allein war. Daß der Mord in den hinteren Privatziimmern begangen wurde, daß der Hund nicht anschlief, auch keinerlei Geräusche von den Um- wohnern bemerkt wurde, bestätigt die Mutmaßung, daß der Mörder gut bekannt mit ihr gewesen sein muß.

Altona. Verurteilter Räuber. Der 30 Jahre alte Bäcker Jobottke aus Berlin, der wegen Raubmord- versuchs bereits eine sechsjährige Zuchthausstrafe verbüßt hat, zog flehend und raubend durch die Kreise Binneberg und Segeberg, machte sich nachts durch eine lederne Gesichtsmaske unkenntlich und wurde bald ein Schrecken für die Be- wohner beider Kreise. Jobottke verübte Einbruchsdiebstähle in Kalkenkirchen, Hennstedt, Bramstedt, Elmshorn, Iversen, Lärneich etc. und gelangte schließlich nach Binneberg, wo er bei einem Einbruch überrascht und verhaftet wurde. Die Strafkammer II des Altonaer Landgerichts verurteilte den gefährlichen Menschen zu fünf Jahren Zuchthaus, sechs Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht. Der Tischler Wegalowski, der ihn auf zweien seiner Exkursionen begleitet und ihm geholfen hat, kam mit einem Jahr Zucht- haus und zwei Jahren Ehrverlust davon.

Neumünster. Ein gemeingefährlicher Mensch, der Dienstknecht Franz Kruse, gen. Daymann, wurde Mit- woch nachmittag wegen zweifachen Mordversuchs und vieler schwerer Einbruchsdiebstähle verhaftet. In Timmaspe und Neumünster versuchte der Bursche zwei Dienstmädchen zu er- schließen, die Einbruchsdiebstähle vollführte er in Altona, Kiel, Hohenwestedt, Timmaspe und Neumünster. Kruse, der sich nach seiner Flucht aus dem Kieler Gerichtsgebäude ge- stohlener Legitimationspapiere bediente, hat seine Verbrechen, insbesondere auch die Schießerei-Affären eingestanden. In- geblück wollte Kruse, der nach viel Munition bei sich führte, auch seinem eigenen Leben ein Ende machen, doch war er zu feige, die Waffe gegen sich selbst zu richten.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater gelangte gestern abend Wagners „Siegfried“ vor vollbesetztem Hause erstmalig zur Aufführung. Die Wiedergabe des grandiosen Werkes war durchweg vortrefflich. Herr Ben n a r i n i vom Hamburger Stadttheater, der stimmlich glänzend disponiert war, schuf als Siegfried eine Prachtgestalt voll frischem Leben, sonniger Fröhlichkeit und urwüchsiger Kraft. Die Schmiedelieder gelangen ihm vortrefflich, nicht minder die poetisch-arten Stellen des zweiten Aufzuges unter dem Lindenbaum. Den Höhepunkt des Abends bildete jedoch das große Schlußduett, das von Ben n a r i n i und Fr. A h l e r (Brünnhilde) mit wunderbarer Schönheit des Tons und Aus- drucks wiedergegeben wurde. Die äußerst schwierige Partie des schürfishen Zwerges Mime hatte in Herrn H a a s einen über alle Erwartung guten Vertreter gefunden. De-klamation und Spiel zeugten davon, daß der Künstler seine Aufgabe durchdacht und sorgsam ausgearbeitet hatte. Vortreffliches leisteten auch die Herren Langefeld (Wanderer), Fischer (Alberich) und Böttger (Fasner). Die Stimme des Waldvogels wurde von Fr. S t r e t t e n hell und strahlend gesungen. Die Erde sang Fr. M a r t e l, eine junge Sängerin mit wohlklingender aber nicht allzu großer Mezzosopranstimme, ziemlich matt und farblos. Die Regie hatte dem Werke einen schönen und wirkungsvollen Rahmen geschaffen. Der „schlimme Wurm“ Fasner wirkte zwar nicht gerade furchtbar, aber auch nicht direkt komisch, wie das vielfach der Fall ist. Hervorragend spielte das Orchester unter Kapellmeister Abendroth's umsichtiger und tem- peramentvoller Leitung. Der Gesamteindruck, den Wagners Werk und seine Wiedergabe machte, war ein mächtiger und tiefer. Raufsender Beifall lohnte alle Beteiligten.

P. L.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.
Donnerstag, 13. Januar.
D. Lübeck, Kap. Lundin, von Kopenhagen in 15 St.
D. Stadt Lübeck, Kap. Veth, von Memel in 4 T.
D. Regie, Kap. Favorin, von Gango in 3 T.
D. Kavella, Kap. Blemerg, von Stettin in 19 St.
D. Nissan, Kap. Wennerström, von Gothenburg in 41 St.
D. Fehmarn, Kap. Schacht, von Fehmarn in 4 St.
D. Aurora, Kap. Schlöppe, von Neustadt in 12 St.
Von Travemünde abgegangene Schiffe.
Donnerstag, 13. Januar.
D. Meta, Kap. Ehler, nach Fehmarn.
D. Kurik, Kap. Tröstlos, nach Norddörping.
Schiffsbewegungen.
D. Gausa, Kap. Schmalfeldt, ist gestern nachmittag von Libau auf hier abgegangen.
D. Rheia, Kap. Piller, ist gestern vormittag in Rotterdam angekommen.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 13. Januar.
Bericht der offiziellen Notierungs-Kommission.
Auftrieb 1399 Schweine. Der Markt wurde langsam ge- räumt.
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara: Beste schwere reine Schweine 70.— bis 71.— Mk., 20 Proz. Tara. Schwere Mittel- ware bis 69.—70 Mk., 20 Proz. Tara. Gute leichte Mittel- ware bis 68.—69 Mk., 22 Proz. Tara. Geringere Mittel- ware 64,50—67,00 Mk., 24 Proz. Tara. Sauen nach Qualität 64,50—66,50 Mk. schw.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarcg. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate

finden durch den „Lübecker Volks- boten“ in den Kreisen des wert- tätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Mein Inventur-Ausverkauf

beginnt

morgen Sonnabend.

Schuhwarenhaus Auguste Popp, Breitestrasse 7.

Inventur-Ausverkauf

Herren-Garderoben

bis **50%**
unter Preis

Herren-Anzüge

| | | | | | | |
|-------------------|-----------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| früherer Wert bis | 14.75 | 21.50 | 29.50 | 32.50 | 39.50 | 44.50 |
| jetzt | 9 ⁷⁵ | 14 ⁵⁰ | 19 ⁷⁵ | 23 ⁵⁰ | 26 ⁵⁰ | 29 ⁵⁰ |

Herren-Paletots

| | | | | | | |
|-------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| früherer Wert bis | 19.50 | 26.50 | 32.00 | 38.00 | 42.00 | 46.50 |
| jetzt | 12 ⁵⁰ | 18 ⁵⁰ | 22 ⁰⁰ | 26 ⁵⁰ | 29 ⁵⁰ | 32 ⁰⁰ |

Herren-Ulster

| | | | | | | |
|-------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| früherer Wert bis | 19.75 | 28.50 | 32.50 | 36.00 | 44.50 | 49.50 |
| jetzt | 14 ⁵⁰ | 19 ⁵⁰ | 22 ⁵⁰ | 28 ⁰⁰ | 32 ⁰⁰ | 36 ⁰⁰ |

Herren-Joppen

| | | | | | | |
|-------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|------------------|------------------|
| früherer Wert bis | 4.90 | 7.50 | 10.75 | 13.75 | 18.50 | 21.00 |
| jetzt | 3 ⁹⁰ | 5 ⁵⁰ | 7 ⁵⁰ | 9 ⁷⁵ | 12 ⁰⁰ | 14 ⁵⁰ |

Jünglings-Anzüge

| | | | | | | |
|-------------------|-----------------|-----------------|-----------------|------------------|------------------|------------------|
| früherer Wert bis | 9.50 | 11.50 | 13.75 | 20.00 | 23.50 | 28.50 |
| jetzt | 5 ⁷⁵ | 7 ⁵⁰ | 9 ⁷⁵ | 14 ⁰⁰ | 16 ⁵⁰ | 19 ⁵⁰ |

Konfirmanden-Anzüge

| | | | | | | |
|-------------------|-----------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| früherer Wert bis | 12.50 | 16.50 | 19.50 | 22.50 | 29.50 | 34.50 |
| jetzt | 8 ⁵⁰ | 12 ⁵⁰ | 14 ⁰⁰ | 16 ⁰⁰ | 21 ⁰⁰ | 24 ⁵⁰ |

Herren-Beinkleider

| | | | | | | |
|-------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| früherer Wert bis | 2.80 | 3.75 | 4.50 | 6.75 | 7.50 | 9.75 |
| jetzt | 1 ⁹⁰ | 2 ⁵⁰ | 3 ⁰⁰ | 4 ⁷⁵ | 5 ⁵⁰ | 6 ⁷⁵ |

Herren-Westen

| | | | | | | |
|-------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| früherer Wert bis | 1.90 | 2.75 | 4.50 | 5.25 | 6.50 | 8.75 |
| jetzt | 1 ⁰⁰ | 1 ⁹⁰ | 2 ⁷⁵ | 3 ⁵⁰ | 4 ⁵⁰ | 5 ⁰⁰ |

Schuhe und Stiefel

bis **50%**
unter Preis

Herren-Schnürstiefel

Roßleder, solides Fabrikat, starker Strapazierstiefel mit durchgenähter Sohle

früherer Wert 7.25

jetzt **5⁸⁰**

Herren-Schnürstiefel

Boxcalf und imit. Chevreaux, teils Goodyear Welt amerikanische Form, mit und ohne Derbyschnitt

früherer Wert 10.50 bis 12.50

jetzt **8⁴⁰**

Herren-Schnürstiefel

Boxcalf und Chevreaux, Goodyear Welt amerikanische Form, mit und ohne Lackkappen

früherer Wert 12.50 bis 14.50

jetzt **9⁸⁰**

Braune Herrenstiefel

Chevreaux, Goodyear Welt, amerik. Formen teils mit Lackkappe oder Derbyschnitt

früherer Wert 14.50 bis 16.50

jetzt **11⁶⁰**

Damen-Schnürstiefel

Chevreaux, Chevrolin, Rindbox und Boxcalf, Grösse 36 und 37

früherer Wert 8.50 bis 10.50

jetzt **4²⁵**

Damen-Schnürstiefel

Boxcalf und Chevreaux, teils Goodyear Welt, mit und ohne Lackkappen

früherer Wert 10.50 bis 12.50

jetzt **8⁴⁰**

Damen-Schnürstiefel

Chevreaux, Goodyear Welt, amerikan. Form, eleg. Ausführungen, mit und ohne Lackkappen

früherer Wert 12.50 bis 14.50

jetzt **9⁸⁰**

Ein grosser Posten

Kinder-Stiefel braun und schwarz

bedeutend unter Preis.

Rudolph

KARSTADT

Lübeck.

An die Sozialdemokratie in Preußen.

Parteigenossen!

Der 3. Parteitag der preussischen Sozialdemokratie hat das Elend des nachmärzlichen Preußen vor aller Welt in helle Beleuchtung gesetzt und aufs neue jene überlebten Zustände bloßgelegt, die den ostelbischen Landjunkern und der mit ihnen verbündeten Großbourgeoisie die Aufrechterhaltung einer brutalen Klassenherrschaft ermöglichen, und eine diesen Klassen versippte Bürokratie mit allmächtigen Vollmachten ausstatten. Der Parteitag begnügte sich nicht damit, die Unhaltbarkeit dieser Zustände wirksam darzutun, er zeigte auch, wie ein neues Preußen in Staat und Gemeinde nur durch die positive Arbeit einer latenten Sozialdemokratie geschaffen werden kann.

Die gesamten Verhandlungen beherrschte die Wahlrechtsfrage!

Nahzu 6 Jahrzehnte hat die Wahlrechtsfrage gerührt, bis die sozialdemokratischen Massen sich ihrer Annahmen und sie durch gewaltige Demonstrationen in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses rückten. Wohl oder übel mußte die Regierung den empörten Volksmassen Konzessionen machen. In der Thronrede vom 20. Oktober 1908 ist die organische Fortentwicklung der auf Grund der Verfassung erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart bezeichnet worden. Die zu diesem Zwecke nötigen Vorarbeiten sollten mit allem Nachdruck betrieben werden.

Die vor kurzem endlich erichienene amtliche Statistik über die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen hat aufs neue die Ungerechtigkeit des geltenden Dreiklassenwahlsystems unwiderleglich dargelegt.

Der Terrorismus der öffentlichen Abstimmung und der raffiniert ausgeklügelte Widerstand des indirekten Klassenwahlsystems hat im Jahre 1908 zwei Drittel der Wähler von der Wahl abgehalten. Das geltende Wahlrecht verfälscht den Volkswillen; es hält eine Wahlkreisgeometrie aufrecht, die die gewaltigen Bevölkerungsveränderungen eines halben Jahrhunderts außer Betracht läßt und die Interessen des Volkes einer Handvoll durch Günstlingswirtschaft und Liebesgabenpolitik ausgehaltener Junker opfert.

Mehr als 82 Prozent aller Wähler haben keinen Einfluß auf die Zulassung des Abgeordnetenhauses. Die Entscheidung ruht bei einer kleinen Zahl Wähler 1. und 2. Klasse.

Die Ergebnisse der königlich preussischen Statistik liefern noch aufreizendere Zahlen: Auf 418 000 konservative Urwähler entfielen 212 Abg. 598 000 sozialdemokr.

Arbeiter, Handwerker, Kleinbauern! Wie lange wollt ihr Euch solche himmelschreiende Ungerechtigkeit noch gefallen lassen?

Am 11. Januar 1910 kündigte die Thronrede die von dem Volke in fieberhafter Spannung erwartete Wahlrechtsvorlage für die nächsten Wochen an.

Wie wird die kommende Wahlrechtsvorlage aussehen? Die Thronrede schweigt sich über die Grundzüge des wichtigsten Reformwerkes der deutschen Gegenwart aus! Das ist der beste Beweis dafür, daß die preussische Regierung den herrschenden Klassen zu-

liebe das Volk mit einer Scheinreform narren will. Das alte Unrecht soll in neuer Form weiterleben. Die preussische Regierung wagt es nicht, mit der herrschenden Junkersippe anzubinden.

Da ist es Zeit, daß das Volk auf den Plan tritt und seinen Willen nachdrücklich zur Geltung bringt. Mit allen Kräften muß dafür gesorgt werden, daß Preußen endlich in die Reihe der Kulturländer eintritt. Unter der Führung der Sozialdemokratie gilt es, dem preussischen Volke die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu erkämpfen und Preußen von den Junkern und Junkerknechten zu befreien. Es gilt, den reaktionären preussischen Staat zu demokratisieren. Das Mittel dazu ist die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beider Geschlechter auf Grund der Verhältniswahl.

Parteigenossen! Ruht die Zeit! Seit Monaten haben die „Niedergerittenen“ den Parteien des Bültomblocks und dem Zentrum Niederlage auf Niederlage bereitet. Ein Gemeindevahltag löste den anderen ab; ebenso ehrenvoll endeten die Landtagswahlen in Süd- und Mitteldeutschland und die Nachwahlen zum Reichstage.

Die Erbitterung des Volkes über seine Ausbeutung und Entrechtung ist grenzenlos. Das arbeitende Volk will nicht länger Päckchen der herrschenden Klasse sein. Das Bewußtsein dieser Situation in den Massen zu wecken und sie zu kämpfen für ihre elementaren Menschenrechte anzurufen, ist unsere vornehmste Aufgabe.

In dieser Aufgabe mitzuwirken, ist die dringendste Pflicht aller zum Klassenbewußtsein erwachten Frauen und Männer in Stadt und Land.

Parteigenossen!

Stärkt die Reihen für die kommenden Wochen des Kampfes. Es gilt, alle Kraft aufzubieten. Nur so kann ein Wahlrechtssturm entfesselt werden, der alle reaktionären Widerstände bricht und dem Willen des Volkes zum Siege verhilft.

Hoch das freie Wahlrecht!

Berlin, den 14. Januar 1910.

Der geschäftsführende Ausschuss der preussischen Landeskommission.

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses.

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 13. Januar 1910.

15. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück, Kraetke und Lisco.

Die Beamtenmaßregelungen in Kattowitz.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der Besprechung der Interpellationen des Zen-

trums und der Polen, die Kattowitzer Vorgänge betreffend.

Schradner (FvG.): Auf die Polenfrage will ich nicht näher eingehen. Solange ich im politischen Leben stehe, also mehr als 30 Jahre, sind die Polen infolge der verfehlten Versuche, sie zu guten Deutschen zu machen, nur immer wirtschaftlich stärker und national geführender geworden. Weit wichtiger als die Polenfrage ist die Frage der bürgerlichen Gleichberechtigung der Beamten. (Sehr richtig! links!) Für den Beamten ist nur das Reichsbeamtengesetz maßgebend, kein Vorgesetzter hat das Recht, darüber hinaus etwas von ihm zu verlangen, das trifft auch zu für den Staatssekretär und den Reichskanzler. (Sehr richtig! links.) Der Treueid ist nicht dem Staatssekretär geleistet, und der Herr Staatssekretär des Reichsjustizamtes wird keine gesetzliche Bestimmung aufweisen können, welche einen Vorgesetzten ermächtigt, für die ihm unterstellten Beamten zu wählen. (Lebh. Sehr gut! bei den Freil.) Um ähnlichen Vorkommnissen vorzubeugen, brauchen wir dringend ein Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit und wir müssen uns ferner bei allen Verhandlungen über das Wahlrecht vor Augen halten, daß den Beamten die freie Ausübung dieses Rechts garantiert wird. Ich hoffe, der Herr Reichskanzler wird Gelegenheit nehmen, uns seine Ansichten hierüber vorzutragen. (Lebh. Bravo! links.)

Dr. Südekum (SP.): Ich glaube, Sie alle werden mit mir erkennen sein, daß nach den wackeren Worten meines Vorredners kein Regierungsvertreter das Wort genommen hat; die klatschenden Ehrläge scheinen so gut gefallen zu haben, daß die Herren einige Zeit brauchen, um neue Ausflüchte zu erfinden, die ihr Verfahren beschönigen sollen. Auch ich hege den Wunsch, daß der Reichskanzler selbst hier erscheinen möge, und daß, sagen wir mal, der Major von Bethmann-Sollweg (Sehr gut! links) selbst die Verantwortung übernimmt. Das Verfahren, sich taubstumm zu stellen, verliert allmählich den Reiz der Neuheit. Ich komme zum Falle selbst, der noch nicht genügend nach allen Seiten beleuchtet. Als wir im vorigen Jahre den schweren Kampf um das Steuerprogramm der Regierung führten, da dachte ich, die Vertretung der gemäßigten, gefeindeten und brutalisierten polnischen Bevölkerung könne nie und nimmer mehr die Vorlage der Regierung apportionieren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Polen aber, indem sie dem Zentrum den Rücken deckten, haben es verschuldet, daß diese Steuerreform, welche sogar Herr Bassermann eine Ausplünderung der Massen nannte, angenommen wurde. (Lebh. Zeit. links, große bis zum Lärm sich steigende Unruhe im Zentr., bei den Polen und Konf.) Darüber ging ein einziger Schrei der Entrüstung durch das polnische Volk, durch seine armen proletarisierten Massen im Osten und Weiten Deutschlands. Alle Traktaten von München-Grabbach halfen nichts mehr! Man brauchte etwas Außergewöhnliches und in dieser Lage kamen die Kattowitzer Vorgänge nur erwünscht, um die Sünden des vorigen Jahres mit dem Saite der Vergessenheit zu bedecken. Ich glaube ja allerdings nicht, daß es sich um ein abgetarntes Spiel, um ein Komplott handelt — deficiente intelligentia (Aus Mangel an Intelligenz) auf der Regierungseite. (Große Heiterkeit links.) Aber die Situation ist ein gesundes Fressen für das Zentrum. Obwohl es Regierungspartei ist, kann es wieder einmal Recht und Gerechtigkeit verteidigen und die Verfassung gegen Übergriffe der Bürokratie behüten, kann sich auspielen als Verfechter elementarer Grundsätze des Liberalismus gegen liberale Stadtbürokraten. (Sehr gut! links.) Wir haben durchaus keine Veranlassung, den Kattowitzer Fall etwa gering zu achten, oder nicht mit aller Entschiedenheit unser Standpunkt zu vertreten. Wir wollen nur nicht, daß er zur Ablenkung der Aufmerksamkeit des polnisch-katholischen Volkes diene von den Sünden seiner Vertreter im Jahre 1909. Wenn nun wirklich polnische Bevölkerungssteile dem Staate gefährlich werden sollten — ich behaupte das nicht — dann würden die preussische Regierung und die Parlamenten ihr vollgerichtet

Am Webstuhl der Zeit.

Sozialpolitischer Roman in drei Büchern von H. Otto Walster.

144. Fortsetzung.

„Gew. Majestät wollen mich freundlichst entschuldigen, wenn ich nur kurz und flüchtig Rede stehe, da mehrfache Verbindungen mein freies Denken beeinträchtigen. Auch komme ich ohne alle Vorbereitung in die ungewohnte Lage, einem Monarchen etwas von Volkswünschen vortragen zu sollen, wo ich doch weiß, daß eine freie, ungeheuchelte Äußerung kaum am Platze sein dürfte.“

„Ich habe Ihre Gemahre knallen hören und diese freie und ungeheuchelte Äußerung, wie Sie sehen, mit Ruhe hin- und genommen, das, meine ich, könnte Sie beruhigen!“

„Ich danke Gew. Majestät für diesen ermutigenden Wink und werde ihm gehorchen. Zunächst eine notwendige Unterbrechung: Das Volk, in dessen Namen ich spreche, weil es mich erwählte, das ist das Volk nicht, welches durch seine Vertreter in den Kammern spricht, es würde sonst nicht in dieser Stunde unter den Waffen zu stehen brauchen. Das Volk, welches heute auf den Barrikaden wacht, spricht zu Ihnen noch in keiner Zeit, weil ihm die Organe fehlen, denn es hatte weder Vertreter, noch eine Presse. Sein Seufzen und Klagen drang nicht hinauf zu den Höhen des Thrones, seine Wünsche und seine Bestrebungen wurden verächtlich, und daher kommt es, daß oft die besten Monarchen, trotz der humansten Absichten, das Volk zum Straßenkampfe treiben. Diejenigen aber, die sich als die Mandatäre und Fürsprecher des Volkes ausgaben, die privilegierten Bourgeois, die in den Kammern saßen und die Presse beherrschten, diese waren es, welche, wie ehemals der Adel, über die wahre Stimmung im Volke täuschten, während sie zu gleicher Zeit die ärgsten Feinde des Volkes sind.“

„Und doch haben dieselben sich gegeben, als sprächen sie zu Namen der großen Menge des Volkes, haben aber auch Abgebungen aus der Mitte des Volkes bewirkt, wie sie nicht unzweifelhaft sein konnten.“

„Weil der Liberalismus immer einige Ideen gehegt und verkündet, die teils dem Denker wichtig, teils auch den wirklichen Fortschritt, wenn auch nicht in für das Volk wesentlichen Dingen, im Auge haben. Zudem wirkt der unerfahrene Arbeiter in seiner Naivität alles, was ihn drückt, auf die Schultern der Regierung, betrachtet jeden Kampf gegen die Regierung als in seinem Interesse geführt und bleibt zum Teil, trotz vielfachen Täuschungen, noch immer in diesem Wahne. Und in einem gewissen Sinne

haben sie freilich auch ganz recht, denn wenn die Regierung die Benachteiligung einer Klasse von Staatsangehörigen nicht duldet, wie sie es auch nicht sollte, und wenn sie allen mit gleichem Maße diene, dann wäre auch vieles nicht möglich, was jetzt beklagt wird.“

„Und was sind denn nun die beklagtesten Übelstände im Volke, Herr Doktor, damit ich einen Haltepunkt gewinne?“

„Majestät,“ rief Lange, und seine Wangen färbten sich, „wenn wir vor Menschen vorübergehen, die von der Mutter Natur kiefmütterlich ausgestattet wurden, an unheilbaren Übeln und Gebrechen leiden, dann zieht sich unser Herz krampfhaft zusammen, wir suchen dem Armen eine kleine Erleichterung zu schaffen; die Wissenschaft studiert Tag und Nacht, um Heilmittel oder doch wenigstens Linderungsmitel aufzufinden, und hat sie eins, wenn auch nur ein kleines gefunden, dann ruft eine freundliche Welt dem Entdecker oder Erfinder im Namen der Menschheit einen Glückwunsch zu, denn da fühlen alle, daß Menschen in ihrer Gemeinschaft ein Bollwerk bilden müssen gegen die feindlichen Naturmächte. Aber fürchterlichere Übel, als sie je durch die Natur erzeugt wurden, hat die Menschheit durch die Menschen zu erleiden gehabt, wie ja schon Sophokles so erhaben ausruft:

„Vieles Schreckliche gibt's, doch nichts Schrecklicheres als den Menschen.“

Von den alten Zeiten, wo kriegerische Stämme die Urvölker des Landes überwältigten, ihre Güter, in Besitz nahmen, sie zu fortwährender Sklaverei zwangen, eine Form, die in der Negeersklaverei eine Verjüngung in christlicher Zeit erfuhr, in der Leibeigenschaft und Hörigkeit nur den Namen wechselte und die in unseren Zeiten in der Unterdrückung und Ausbeutung der großen Masse der Besitzlosen fortlebt, ist der größte Jammer, das größte Leid dem Armen durch seine vom Glück begünstigteren Mitmenschen zugefügt worden. Das Kind des Armen findet schon häufig keine Wiege; unter ungenügender Nahrung und Pflege, materiell und geistig, ja auch sittlich genommen, wächst es auf, muß schon mit vier und fünf Jahren etwas tun, um nicht ganz unmöglich zu leben, um einen Teil der Arbeitslast zu tragen, die auf den Schultern der Eltern ruht; mit sechs und sieben Jahren sieht man die schwächlichen Kinder sich schon mit den jüngeren Geschwistern herumschleppen, wobei so viele verkrüppeln; sie genießen einen Unterricht, der im späteren Alter nirgends ausreicht. Das Kind wird aus der Schule entlassen; es möchte einem Verufe folgen, zu dem es sich hingezogen fühlt, es hat die Kenntnisse nicht, vielleicht auch nur die Mittel nicht, denn es muß sofort seinen Unterhalt

zum wenigsten teilweise verdienen. Nun ist es erwachsen, nun hat es vielleicht unter großen Mühen und Anstrengungen die Kraft gewonnen, um sich einen eignen Herd zu gründen, aber es geht nicht, es fehlt an den Mitteln; der Mann, das Mädchen muß einen Brodherrn suchen, der ihm die Werkstätte bietet, in der er zwar seine Kraft verwerten kann, aber nur soviel erhält, als da hilft vom Hungertode zu schützen, während der Gewinn in die Taschen des Kapitalisten fällt, der bei allen passenden Gelegenheiten diese freiwillige Sklaverei noch besser auszunutzen sucht. Das Mädchen muß in den Dienst oder in die Fabrik; ist es hübsch, so fällt es nach kurzem Kampfe zwischen dem Stolz der Entbehrung und den Lockungen einer ertäglicheren Existenz der Vollst jener selten Privilegierten zum Opfer, ein neuer Tribut und der schmerzlichste, welchen die Klasse der Enterbten dem Kapitale und seinen Anhängern darbringt. Die Ehen sogar werden dem Arbeiter nicht nur durch die materielle Not, sondern auch noch durch schwebelbare vernünftige Gesetzesbestimmungen erschwert, die nur die Prostitution und das Konkubinat zur Folge haben, denn eine Grenze findet an den starren Befehlen der Natur jede Polizeimacht; wie Schiller sagt:

„Etwas will er sein eigen nennen, Und der Mensch wird mordend und brennen.“

Und doch, Majestät, macht man es so einem unglücklichen Mädchen, das nach dem sogenannten Hehltritt hilflos in der Welt herumirrt, zur Pflicht, das Kleine zu ernähren, macht man es ihm zum Verbrechen, wenn es in seiner Verzweiflung dieser verzweifelten Welt ein unglückliches Opfer mehr entzieht, richtet man, als gräßliche Fronte auf alle Begriffe von Humanität, Kindesmörderinnen hin oder man begräbt sie in den fluchbeladenen Zuchthäusern, den Folterstätten der Neuzeit.“

„Sie malen, Herr Doktor, in sehr grellen Farben“, rief der König mit sichtbarem Stirnrunzeln.

„Aber mit nicht zu grellen, seien Gew. Majestät versichert. Nur wer es nicht sieht, kann es fassen. Ein alter deutscher Rechtsgrundsatz sagt: „Es soll ein jeder nur durch seinesgleichen gerichtet werden.“ Hier aber läßt man trockene Arme unglücklich gemacht, und die zum wenigsten nicht fühlen können, wie einer solchen Unglücklichen zumute war; oder man läßt Geschworene aus der Bourgeoisieklasse zusammenreten, welche ja längst nur gewohnt sind, den Arbeiter wie eine Ware anzusehen, und über solch ein Opfer unserer sozialen Verhältnisse richten, was natürlich stets mit der den Bourgeois eigentümlichen „moralischen“ Entrüstung geschieht.“ (Fortsetzung folgt.)

Maß an Schuld daran zu tragen haben. Sie haben die polnische Bevölkerung außerhalb des Gesetzes gestellt. Worauf es den Parlamenten im Grunde ankommt, das geht daraus hervor, daß jetzt nicht allein die Regierung, sondern auch die industriellen Werke in brutaler Weise Beamte maßregeln, weil sie für einen Polen stimmten oder agitierten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Praktisch kommt es darauf an, daß man die Leute niederhalten will, weil sie dann um so billiger und willfähriger sind. Entleidet man den Parlamenten aller Illusionen, so läuft sein Streben darauf hinaus, im Osten teures Land und billige Löhne zu haben. Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn die polnische Gefahr wirklich so groß ist, warum wenden dann Leute von dem Einfluß und der Verehrtheit des Herrn Heinze ihr Bestreben nicht darauf, die nationalliberalen Parteigenossen in Westfalen zu verhindern, massenhaft slavische Arbeiter in ferndeutsche Gebiete zu verpflanzen? (Sehr richtig! bei den Soz.) Erkundigen Sie sich in Westdeutschland, dort werden die deutschen Arbeiter durch dieses Verfahren der nationalliberalen Zechenbesitzer arbeitslos gemacht. Aber natürlich geschieht das alles aus Patriotismus! (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Anschauungen des Herrn Heinze sind eine Gefahr für die Deutschen im Auslande. Sie decken sich mit dem Verhalten der Russen in den Ostseeprovinzen, in Finnland usw. Man erklärt einfach die andersartigen Volkstämme für staatsgefährlich und hat dann das Recht, sie zu brutalisieren. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Argumente der Regierungsvertreter waren äußerst dürftig, lauter magere Knochen. Der Veruch, sich mit opportunistischen Gründen zu rechtfertigen, reizt zur Nachahmung. Auf diese Art kann man jederzeit beweisen, daß die beiden Herren Staatssekretäre und der Herr Reichskanzler „im Interesse des Dienstes“ schleunigst in ein besseres Klima verlegt werden müssen. (Gr. Heiterk.) Daß die Verfügungen gegen Recht und Gerechtigkeit verstoßen und eine Verletzung der Verfassung involvieren, ist bereits einwandfrei nachgewiesen. Herr Schrader hat mit Recht betont, daß wir es hier mit wiederholten Verbrechen einer überfliegenden Bürokratie zu tun haben, die sich selbst zum Herrscher des Volkes und als Zweck des Staates stabilisiert. Die Beamten haben das gleiche Recht wie jeder Staatsbürger. Das gleiche ist bei den Arbeitern der Fall. Aber trotzdem werden sie in Preußen unaufrichtig brutalisiert und ihnen wird das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht genommen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn es wahr wäre, daß die oberen Beamten die Zustimmung ihrer Untergebenen zu bestimmen haben, dann wäre es das einfachste, auch dem aktiven Militär das Stimmrecht zu geben. Der Kriegsminister brauchte dann nur die Bataillone amarrschieren zu lassen, immer so viel Mannschaften als gerade nötig sind, um den Regierungskandidaten durchzubringen. Herr Delbrück sagte, es braucht ja keiner Staatsbeamter zu werden. (Gelächter links, Rufe b. d. Soz.: Er auch nicht! Heiterkeit.) Für die Masse der Subalternbeamten und Arbeiter trifft das nicht zu. Sie können größtenteils der wirtschaftlichen Notwendigkeit, einen Beamtenposten anzunehmen, nicht ausweichen. Die Frage der Gewissens- und Wahlfreiheit gewinnt immer höhere Bedeutung, und wir wollen keinen Zweifel lassen, daß wir den Kampf auf der ganzen Linie aufnehmen werden, um die Gewissens- und Wahlfreiheit der Staatsbeamten und -arbeiter zu garantieren. (Bravo! b. d. Soz.) Die Kattowitzer Vorgänge führen direkt in das Herz der preußisch-deutschen Frage hinein, in die Frage des Wahlrechts, und diese Verhandlungen haben endlich aufgeräumt mit der törichtsten und gefährlichsten Phrase, daß die Öffentlichkeit der Abstimmung einen Beweis für die Mannhaftigkeit des Abstimmenden ergebe. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Glauben Sie denn, daß alle diese Tausende von Männern Fischblut in den Adern haben, daß sie keine Ideale haben? Ohne eine Änderung des Wahlverfahrens in Staat und in den Gemeinden Preußens ist eine gesunde Entwicklung unserer politischen Zustände überhaupt nicht denkbar. (Sehr richtig! bei den Soz.) Im Süden und Südwesten Deutschlands macht sich ein starker Zug demokratischer Entwicklung bemerkbar. Die Gegensätze zwischen Norden und Süden werden immer stärker. Das muß zu einer zwar latenten aber im gegebenen Augenblick gefährlichen Spannung führen. Die Änderung des Wahlrechts in Preußen ist geradezu das zentrale deutsche Problem. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Man muß sagen, der Herrgoit hat der preussischen Beamtenschaft die Klugheit verjagt, als er sie dann betrachtete, tat sie ihm leid und er gab ihr dafür die Dummheit. (Große Heiterk.) Anders kann man jene Maßnahmen gar nicht verstehen, die ein unzweifelhaft lokales Volk beständig reizen und empören. Wenn der Herr Staatssekretär wirklich dem Staate dienen will, so sollte er die Maßnahmen der preussischen Bürokratie hinten zu halten versuchen. Vor allem aber sollte er die Reichsverwaltung von allen Versuchen rein halten, welche die Freiheit des Staatsbürgers antasten. Denn sie ist das einzige und beste, worauf ein Staatswesen beruht. (Lebh. anhaltender Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Auch ohne die Mahnung des Herrn Vorredners hätte ich Herrn Schrader sofort geantwortet, wenn ich nicht einer Sitzung des Bundesrats hätte beimohnen müssen. Herr Schrader hat aus meinen getrigen Erklärungen Folgerungen gezogen, die ich selbst nicht gezogen habe. Die verletzten Beamten sind nur darüber belehrt worden, daß es gegen ihre Ansicht verstoßt, für Kandidaten zu stimmen, welche den großpolnischen Bestrebungen anhängen. Dagegen ist es diesen Beamten nicht aufgegeben worden, daß sie für irgend einen Kandidaten zu stimmen haben. (Erschallende Heiterk. b. d. Polen, im Zentr. und Sozialdemokraten.) Die Beamten sind auch nicht bestraft worden. Sie wurden nur verlegt im Interesse des Dienstes. (Erneut. Heiterkeit.) Die Beschränkungen, welchen die Rechte eines Beamten unterworfen sind, wie ich gestern ausführte, sind zwar nicht fest umschrieben, aber sie sind für den Zeit und das Pflichtgefühl jedes Beamten un schwer zu erkennen. Ich habe auch bereits ausgeführt, daß es sich in Kattowitz um einen Akt nationaler Notwehr handelt. (Lebh. Zustimmung b. d. Polen. Guh! b. d. Soz. Beifall b. d. Nationalliberalen.)

Dr. Kolbe: (RP.) An der Reichsfinanzreform haben sich die Polen nur aus Schadenfreude beteiligt, um ihren Feind Wilkow zu ärgern. Das Zentrum sollte sich für sie nicht so sehr ins Zeug legen. Den Kattowitzer Beamten ist die Wahlfreiheit nicht verwehrt worden. Sie durften nur nicht für den Polen stimmen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz. u. RP.) Die Regierung mußte einweichen. Auch wir sind für die Wahlfreiheit. (Stürm. Heiterkeit b. d. Pol. u. Soz.) Aber ungeeignete Elemente müssen aus der Finanzreform entfernt werden. Redner schließt mit der Aufforderung, die Regierung möge die parlamentarische Politik aufrecht weiter führen. (Bravo! rechts.)

von Dzierzowski: Roman (P.) polemisiert zunächst gegen die Finanzen. Seine Forderungen habe bei der Finanzreform durchaus die Interessen der Arbeiter und speziell der Landarbeiter wahrgenommen. (Widerpruch b. d. Soz. u. b. d. RP.) Die Mehrheit des Reichstages hat die Beamtenmaßregelungen nicht billigt. Die Herren, die die Regierung verteidigen, haben zu sagen, das große Deutsche Reich werde in seinen Grundfesten, wenn in Kattowitz der Fleischermeister Polakowa zum Sachverwalter ernannt wird.

(Heiterk. und Sehr gut! b. d. Pol. u. Jtr.) Die Regierung verfolge im Osten eine Politik der Mabelische. Wir Polen scheuen nicht das Licht der Öffentlichkeit. Wir haben eine Dittmarke-Enquete beantragt, aber der Wilowblock hat uns niedergestimmt. Nicht wir haben die Unzufriedenheit hervorgerufen, sondern die fortwährende Verletzung unserer heiligsten Gefühle hat eine ruhige Bevölkerung in Bewegung versetzt. Nicht wir agitieren, sondern der Ostmarkenverein. Wir kämpfen nur in der Hoffnung auf endgültigen ehrlichen Frieden. (Lebh. Bravo! b. d. Pol.)

Lattmann (Wgg.): Wisnarek würde der heute bestehenden Polengefahr auch entschieden entgegengetreten, aber er würde es geschickter machen, die unsere gegenwärtige Regierung. Herr Siedel sprach von der Freiheit der Beamten, aber nirgends herrscht so wenig Freiheit wie bei der Sozialdemokratie. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Haben Sie denn schon die edlen Sechse vergessen? (Erneut. Lachen b. d. Soz.) Die Regierung sollte der Polengefahr nicht nur im Osten, sondern auch im Westen entgegenzutreten. Sie hat selbst durch ihr Schwanken zum Wachstum dieser Gefahr beigetragen. Möge sie in Zukunft festbleiben.

Dr. Dörmann (FVp.): Das Zentrum hätte die Vorgänge vermeiden können. Die Liberalen waren bereit, ihre Kandidaten zurückzuziehen, wenn das Zentrum auf die polnischen Kandidaturen verzichtete. (Lachen bei den Soz.) Das Deutschland steht in Oberstufen nicht auf so schwachen Füßen, daß es durch die Abstimmung einiger Beamten gefährdet werden könnte. Die Verfügungen fördern nur die polnische Bewegung. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Damit schließt die Besprechung. Es folgt die erste Beratung der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Strafprozessordnung.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Visco verliest mit leiser Stimme eine auf der Tribüne unverständliche Rede, die eine Wiederholung der schriftlichen Begründung zu sein scheint.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. Schluß 5¼ Uhr.

Aus der Partei.

Von August Bebel's Erinnerungen („Aus meinem Leben“) wird Anfang Februar der erste Teil ausgegeben werden.

Unter dem neuen Vereinsgesetz. Durch Verfügung des Amtsgerichts Beuthen (Oberschlesien) ist bei dem Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Wahlvereins in Mikulschitz, Genossen Podemski, nach dem Mitgliederverzeichnis gehaust worden. Diese ungeheuerliche Maßnahme, die mehr als 6 Stunden Zeit erforderte, hatte keinen Erfolg. Beschwerde ist eingelegt.

Sozialdemokratischer Gemeindevorsteher. In dem toburgschen Dorfe Passenberg ist ein Parteigenosse zum Gemeindevorsteher gewählt worden.

Neuwahl des dänischen Parteivorstehenden. Der Sozialdemokratische Verband Dänemarks hielt am Sonntag eine außerordentliche Sitzung des Hauptvorstandes ab, der aus Vertretern der Parteigenossen des ganzen Landes besteht. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Neuwahl des Parteivorstehenden, die notwendig geworden war, weil der Genosse Knudsen dieses Amt infolge seiner Wahl zum Bürgermeister niedergelegt hatte. Folkethingsmann S. Olsen gedachte in Worten dankbarer Anerkennung der 27jährigen Tätigkeit, die der Genosse Knudsen als Leiter der politischen Arbeiterbewegung Dänemarks hinter sich hat, eine Periode, in der die Sozialdemokratie sich aus einer kleinen nur einige hundert Mitglieder zählenden Vereinigung zu der stärksten Partei des Landes entwickelte. Als Parteivorsteher — Geschäftsführer des Sozialdemokratischen Verbandes — wurde jemand der langjährige Parteiführer, Folkethingsmann Th. Stauning, gewählt. Er ist 1873 geboren, gehört also der jüngeren Generation der dänischen Arbeiterbewegung an. Sohn eines kopenhagener Arbeitmannes, lernte er das Zigarrenfertigen, machte dann Reisen ins Ausland, namentlich auch nach Deutschland, von denen er als überzeugter Sozialdemokrat zurückkehrte. In Kopenhagen nahm er bald leitende Stellungen in der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung ein. Als Folkethingsabgeordneter vertritt der Genosse Stauning seit 1906 den rein ländlichen seeländischen Wahlkreis Falsø. Die Sitzung beschäftigte sich ferner mit der politischen Situation und beschloß, die Parteivereine im ganzen Lande aufzufordern, sich auf die aller Voraussicht nach zum Frühjahr stattfindenden Folkethingswahlen vorzubereiten. Außerdem wurde über die Arbeitslosenfrage beraten und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aufgefordert, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und der Leitung der Arbeitslosen-Kassen Gesetzesvorschläge zur Linderung des Notstandes einzubringen, und ebenso soll natürlich alles getan werden dafür, daß Staat und Gemeinden nach besten Kräften den Arbeitslosen Arbeit verschaffen. Die Reichstagsfraktion hat bereits einen Auschuß zur Beratung dieser Angelegenheit eingesetzt, und außerdem kommen am Donnerstag die Vertreter der Arbeitslosen-Kassen ganz Dänemarks in Kopenhagen zusammen, um über die Lage zu beraten.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung! Metallarbeiter, Dreher, Schlosser, Formverleiher, Schleifer etc. Die sämtlichen 150 Arbeiter der Firma Hugo Linder, Solingen, Gasstraße, (Dellstraße) befinden sich seit dem 2. Dezember u. J. im Streik. Die Firma erläßt in den verschiedensten Blättern Inserate, wie auch die „offiziellen“ Arbeitsnachweise nach Möglichkeit Arbeitskräfte nach hier schicken. Wir eruchen jeglichen Zutritt fernzuhalten. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Solingen.

Die Tarifbewegung im Holzgewerbe. Die „Fachszeitung“, das Organ des Arbeitgeberverbandes, behauptet in ihrer neuesten Nummer, daß der Holzarbeiterverband dieselbe Taktik verfolge wie bei früheren Tarifbewegungen, nämlich, daß er die Schuld auf die Arbeitgeber schiebt! — Daß der Arbeitgeber-Schugverband die Tarife gefürchtet hat und damit die aggressive Stimmung in die Tarifverhandlungen hineintrug, davon wird im ganzen Artikel nichts erwähnt. Dafür kann doch aber der Holzarbeiterverband nicht verantwortlich gemacht werden. Auf unsere Feststellung, daß der Schugverband seinen Mitgliedern erzählt hat, die gegenseitige freundschaftliche Kündigung aller Verträge sei mit den Arbeiter-Organisationen vereinbart, geht die „Fachszeitung“ vorzüglich halber nicht ein. Damit wird stillschweigend zugegeben, daß den Arbeitgebern die Unwahrscheinlichkeit gesagt worden ist. Es sei noch einmal konstatiert, daß die Holzarbeiterorganisationen die gegenseitige Kündigung der Verträge abgelehnt haben. Auf was die Unternehmer abzielen, geht aus einem vertraulichen Schreiben des Süddeutschen Arbeitgeberverbandes hervor, in dem den Unternehmern dringend angeraten wird, einen gemeinsamen Endtermin für alle Tarifverträge durchzusetzen und zwar das Jahr 1913; jeder fernere Kampf um das Ziel eines gemeinsamen Ablauftermines

wäre vergeblich, da die kleineren Verbände nicht in der Lage seien, allein einen solchen zu erkämpfen. Das geht als Antrag an die Zentrale in Berlin und soll auf der Generalversammlung der Verbände beschlossen werden. Glücklicherweise bestimmt auch ein Verbandstag des Arbeitgeber-Schugverbandes nicht allein darüber, welchen Ablaufstermin die Verträge haben sollen, sondern die Holzarbeiter reden mit.

Das „staatsunwürdige“ Plakat. In Breslau fand am letzten Montag eine Schneiderverammlung statt, in der Gauleiter Schärtl über den Kampf der Stettiner Konfektionsschneider referierte. Zu dieser Versammlung wollte die Organisation der Schneider durch Plakatanschlag einladen. Neben dem Tag, Versammlungsort und Tagesordnung stand noch folgendes auf dem Plakat: „Die Stettiner Kollegen stehen seit 6 Wochen in einem Abwehrstreik, hervorgerufen durch das brutale Verhalten der Arbeitgeber.“ Aus Furcht vor der Polizei gestattete der freisinnige Unternehmer des Anschlagwesens nicht die Bekanntmachung an den städtischen Plakatsäulen. Die Worte „brutal“ und „Abwehrstreik“ waren der freisinnigen Mannesseele zu staatsgefährlich.

Streiks in Japan. Im Jahre 1908 fanden nach offiziellen Berichten in Japan über 140 Streiks statt. Leider werden keine weiteren Details angegeben.

Zentralisation der Gewerkschaften in Australien. Der im November 1909 stattgefundenen Kongreß der Bergarbeiter-Föderation, einer losen Verbindung der lokalen Bergarbeiter-Gewerkschaften New-Seelands, beschloß die Schaffung einer streifen Zentralorganisation, die alle im Bergbau beschäftigten Arbeiter umfassen soll. Einen ähnlichen Beschluß faßte der Gewerkschaftskongreß von Victoria, der in Melbourne tagte und dem 117 Delegierte beiwohnten. Die bestehenden Gewerkschaften sollen möglichst zu zentralisierten Industrieverbänden vereinigt werden, vornehmlich, um dadurch besser wie bisher jeden Angriff auf einen Teil der Arbeiterschaft gemeinsam abzuwehren zu können.

Eine amerikanische „Arbeiterpartei“? Anfang Dezember fand ein außerordentlicher Kongreß des Staatsverbandes der Gewerkschaften Pennsylvania, die dem amerikanischen Gewerkschaftsbunde angehören, statt, der sich für die sofortige Bildung einer besonderen Arbeiterpartei aus sprach, auch einige Programmpunkte aufstellte. Dieser Beschluß wird von nicht zu unterschätzendem Einflusse auf die derzeitige Diskussion der Frage der politischen Beteiligung der Gewerkschaften sein, die in der gesamten sozialistischen und gewerkschaftlichen Presse in letzter Zeit wieder besonders lebhaft war.

Soziales.

Milchkrieg in Stuttgart. Der Milchpreis, der in Stuttgart bisher 20 Pf. für das Liter betrug, sollte auf 21 bezw. 22 Pf. gesteigert werden. Die Versuche der Partei und der Gewerkschaften, die Milchhändlervereinigung zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen diese vom Bund der Landwirte inszenierte Preissteigerung zu bewegen, schlugen fehl. Die Händler machten gemeinsame Sache mit den Agrariern. Die Stadtverwaltung, von der Arbeiterschaft zum Eingreifen aufgefordert, ließ durch den Mund des Oberbürgermeisters erklären, daß sie eine Pflicht dazu nicht anerkennen könne. Aber ein Referat über die Frage könne gehalten werden. Auf das stadttrübe Referat wartet die Bevölkerung heute noch. Die Partei und Gewerkschaften haben sich gezwungen, schließlich vorzugehen. Eine Einschränkung des Milchverbrauchs wurde empfohlen und durchführbar. Sodann gelang es, größere Mengen Milch besser Qualität anderweitig zu beschaffen. In Verbindung mit einem Großunternehmer wurde der Vertrieb organisiert. Jetzt schon erhält ein großer Teil der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder die Milch zu 19 Pf. das Liter, also billiger als früher. Durch Erzielung neuer Milchquellen ist es möglich geworden, den Vertrieb auf ein immer größeres Gebiet der Stadt auszudehnen. Die Milchhändlervereinigung hat bereits den Milchzuschlag wieder rückgängig machen müssen. Ein Teil liefert bereits unter dem alten Preis, auch zu 19 Pf. Die anderen werden nachfolgen müssen, ob sie wollen oder nicht. Die von der Partei und den Gewerkschaften besorgte Milch steht unter scharfer Kontrolle betreffs Qualität und Reinheit, sodaß mit der Verbilligung zugleich eine Qualitätsverbesserung erzielt, der Milchproduzenten wirksam entgegengearbeitet wurde. Die Milchproduzenten erleiden nun, statt der erhofften 800 000 Mark Mehrgewinn jährlich, um die die Stuttgarter Bevölkerung neu geschöpft werden sollte, eine Mindereinnahme von 400 000 Mark. Die Stuttgarter Bevölkerung aber ist mit diesem Ausgang des Milchkrieges sehr zufrieden.

Ernährung englischer Arbeiter. Eine größere offizielle Untersuchung, die über die Ernährung der Arbeiter kürzlich in York (England) gemacht wurde, ergab, daß die Arbeiter der ungelerten Berufe durchweg 25 Prozent weniger Nahrung zu sich nehmen, wie zur Erhaltung ihrer normalen Körperkräfte notwendig wäre. Gelernete Arbeiter erhalten eben genug. Hilfsarbeiter erleiden also eine 25prozentige Unterernährung gegenüber den aus öffentlichen Mitteln erhaltenen Armen, und sie haben gar 29 Prozent weniger Nahrung als Gefangene.

Fabrikgesetzgebung in Japan. Ein vor einiger Zeit erlassenes Fabrikgesetz für Japan verbietet die Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren in Fabriken, begrenzt die Maximum-Arbeitszeit von allen beschäftigten Personen unter 16 Jahren wie auch der Frauen auf 12 Stunden täglich, denen zudem alimonatlich mindestens 2 Ruhetage zu gewährt sind. Das neue Gesetz wird sich auf etwa 742 000 Beschäftigte in Fabriken erstrecken, unter denen nicht weniger wie 392 000 Frauen und ein großer Prozentsatz Kinder sind.

Aus dem Gerichtssaal.

Der § 175 in der Armee. In dem Prozeß vor dem Berliner Kriegsgericht gegen den Leutnant Trappe von der Militärtechnischen Akademie ist am Sonnabend das Urteil gefällt worden. Der Angeklagte wurde von der Anklage des fortgesetzten Bergehens der widernatürlichen Unzucht freigesprochen. Wegen der unerlaubten Entfremdung vom Heere wurde auf drei Monate Gefängnis erkannt. Gleichzeitig wurde gegen den Angeklagten auf Dienstentlassung erkannt. Wie in der Urteilsbegründung hervorgehoben wurde, liegt zwar eine Reihe von Verdachtsmomenten gegen den Angeklagten vor, doch hat das Gericht nicht die volle Überzeugung von der Schuld des Leutnants gewinnen können.

Der Ehrenloge und die Polizei. Die Strafkammer in Kassel hatte sich dieser Tage abermals mit einer jener zweifelhaften Existenzen zu beschäftigen, die mit Hilfe der Reichsversicherungsanstalten unter dem Deckmantel der Wissenschaft die Dummen zu schröpfen suchen, die wirklich nicht alle zu werden scheinen. Das Schöffengericht hatte einen gewissen Bracht zu einer Geldstrafe von 50 Mk. verurteilt, weil er durch die Anschuldigung seiner

"Tätigkeit" als Chiromantist, Phrenologe und Astrologe großen Umfang verübt haben sollte. Gegen dieses Urteil hatte B. Berufung eingelegt, und so kam es zu der Strafkammerverhandlung, die dem Gericht und den Zuhörern eine sehr vergnügliche Stunde bereitete. Der Vorsitzende des Gerichts forderte den Angeklagten wiederholt auf, die "Wissenschaftlichkeit" seines Verfahrens zu beweisen. Das war zu viel verlangt, denn B. konnte nichts weiter vorbringen, als wenig zusammenhängendes, zum Teil wirres Zeug, das er aus Büchern zusammengelesen hat, aber nicht verdauen konnte. Große Heiterkeit erregte es, als B. befragt wurde, wo er seine "Wissenschaft" her habe und dann lähn antwortete: "Die ist mir angeboren!" B. erzählte auch über eine spiritistische Sitzung in Schmalfelden, an der die ganzen Honoratioren dieser Stadt teilgenommen hätten. Das Gericht hatte Geheimen Medizinalrat Dr. Heinemann aufgefordert, Bracht auf seinen Geisteszustand zu untersuchen. Dr. Heinemann sagte in seinem Gutachten, daß er Bracht nicht für einen Verrückten halte, auch nicht für einen Geistes- oder Nervenkranken, sondern für einen großen Phantasten. B. habe ihm (Dr. H.) erklärt, hellsehend geworden zu sein, als er einmal nachts von Wilhelmshöhe kam und durch einen Lichtschein vom Himmel erweckt wurde. Auf Wissenschaftlichkeit könne die Methode Bracht keinen Anspruch machen. Der Staatsanwalt plädierte für Aufrechterhaltung der Verhaftung wegen großen Unfugs, das Gericht sprach den Angeklagten aber frei. Interessant war in der Begründung des Urteils ein Satz, der noch einmal besonders feststellte, was in der Zeugenvernehmung bereits zum Ausdruck gekommen war: daß eine Frau von der Kriminalpolizei zu Bracht geschickt worden war, um sich wahrhaftigen zu lassen, und daß die von ihr dafür bezahlten 5 Mark aus der Kasse der Polizei stammten!

Keine Klaffenjustiz. Daß auch bei Vermögensdelikten der Unternehmer weit milder bestraft wird, als andere, illustrieren wieder mal folgende vor der Marburger Strafkammer kürzlich hinter einander gefällte Urteile. 1. Ein junger Mann aus Kassel hatte sich durch Vorzeigen eines gefälschten Briefes bei einem Kaufmann Geldbeträge von 5 und 45 Mk. erschwindelt. In einem dritten Falle, in dem er sich auf dieselbe Weise 100 Mk. zu verschaffen suchte, blieb es bei dem Versuch, da der Angeklagte hier den Prinzipal nicht antraf. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Außerdem wurden dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zwei Jahren aberkannt. 2. Der Tiefbauunternehmer M. aus Kassel hatte, als er am Bahnhof Alendorf M. W. B. im April 1909 Erdarbeiten ausführte, Krankenkassenbeiträge seiner Arbeiter insgesamt etwa 80 Mk., unterschlagen. Der wegen

gleichen Vergehens bereits vorbestrafte Angeklagte wurde zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Geschädigte war in dem hart bestrafte Fall ein wohlthätiger Bürger, in dem leicht geduldeten Fall Arbeiter und eine für soziale Pflichten eingerichtete Kasse. Man sollte annehmen, bei gerechtem Ausmaß würde umgehrt entschieden. Aber Gerechtigkeit und deutsche Klaffenjustiz sind unvereinbare Gegensätze.

"Wenn er a Fürst war." Vor dem Schöffengericht zu Pengersberg (Niederbayern) hatte sich der Spielbolsenfabrikbesitzer Ulrich Herkager wegen eines Sittlichkeitsdeliktes zu verantworten. Als der Amtsanwalt drei Monate Gefängnis beantragte, meinte der Angeklagte: "A Fürst war i war, murat i freigiprocha!" — Das Gericht verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis — weil er eben kein Fürst war!

Ungetreuer Kassierer. Wegen Untreue stand am 11. Januar der frühere Kassierer der Darmstädter Zahlstelle des Zimmererverbandes Jeremia Wolf vor der dortigen Strafkammer. Es handelt sich um ein Manco von 1600 Mk. Wolf, der bei den Kassierrevisionen immer nur die Bücher vorgelegt und auf schnelle Erledigung der Prüfung gedrängt hatte, verteidigte sich damit, daß er die Verbandsgelder zusammen mit seinem Privatbesitz in einer Kommode verwahrt habe, und daß seine Frau, im Glauben, es sei sein eigenes Geld, von dem Verbandseigentum genommen und zum Teil im Haushalt verbraucht habe. Nach längerer Verhandlung wurde Wolf bei sofortiger Verhaftung zu einem Jahr Gefängnis und dreijährigem Ehrverlust verurteilt, indem für das Gericht als erschwerend der Umstand ins Gewicht fiel, daß es sich um die von Arbeitern mühsam aufgetragenen Verbandsgelder gehandelt hatte.

Aus Nah und Fern.

Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Berlin verurteilte gestern den Friseur Hans Jünemann wegen Ermordung der Verkäuferin Rafowski zum Tode und den üblichen Nebenstrafen.

Mord. In Witten a. d. R. ermordete der 23jährige Arbeiter Heer aus Rache auf offener Straße den Eisenarbeiter Mihm. Der Täter flüchtete, wurde jedoch später verhaftet.

Opfer der Arbeit. Am Mittwoch explodierte in der Oveschen Ofenfabrik in Rüsselsheim an einem Dampfessel das Ventil. Durch die ausströmenden Dämpfe wurden zwei Monteure und ein Heizer schrecklich verbrannt. Der eine der Verletzten, der 27jährige verheiratete Schlosser Gustav Krieg ist noch am selben Tage im Hospital gestorben.

Ein suspendierter Bierbojkott. Der am 7. September v. J. in Mülhausen t. G. vom sozialdemokratischen Verein und Gewerkschaftskomitee verhängte Bojkott über alle Biere ist bis auf weiteres aufgehoben worden, nachdem der Gläfsische und der Oberbairische Brauereiverband sich der Bojkottkommission gegenüber verpflichtet haben, gemeinschaftlich mit den beiden in Mülhausen bestehenden Wirtevereinigungen und der Bojkottkommission eine Eingabe an den Gemeinderat auf Herabsetzung des jetzt 4,80 Mk. betragenden Oktroigesetzes für Bier auf 3 Mk. zu richten, und im Falle des Erfolges dieser Eingabe den Bierpreis pro hl um 2 Mk. zu ermäßigen. In der Eingabe wird die Wiedererhängung des Bojkotts für den Fall vorbehalten, daß der Gemeinderat das Gesuch ablehnen sollte, oder daß Brauereien und Wirte den versprochenen Preisabschlag nicht eintreten lassen sollten. Der Preisabschlag von 2 Mk. pro hl würde die vor der sogenannten Reichsfinanzreform bestehenden Bierpreise wiederherstellen. Bei der Verhandlung teilte Gemeinderatsmitglied Innungsoberrichter Keim mit, daß der Bierbojkott während seiner viermonatigen Dauer der Gemeinde einen Oktroieinnahmeverlust von rund 50000 Mark verursacht hat.

Die Unteroffiziere bei den russischen Intendanturen. Am Militärgericht in Kasan kam gestern der Prozeß, der drei Wochen in Anspruch nahm und Mißbräuche bei der Intendantur zum Gegenstand hatte, zum Abschluß. Er endete mit der Verurteilung von zehn Angeklagten, darunter zwei Oberleutnants und acht andere Offiziere, zum Ausschluß aus dem Dienst, Verlust der Rechte des Ranges und der Orden und Einreihung in die Korrekptions-Arrestanstalt. Außerdem sollen von den Verurteilten zugunsten der Krone 170000 Rubel gerichtlich beigetrieben werden.

Erstlagen. In Nagajeta bei Nagawarab (Großwardein) wurde der Bauer Daniel Racz von seinem Schwager beim Leichenbegängnis eines gemeinsamen Verwandten aufgefodert, eine alte Schuld von vier Kronen zu bezahlen. Als Racz sich weigerte, wurde er von seinem Schwager an die Friedhofsmauer gedrückt und erschlagen.

Tragisches Ende. Die junge Frau des Feuerversicherungsgenanten Demler in Augsburg fiel beim Aufhängen von Fenstervorhängen auf eine Tischkante und erlitt eine tödliche Gehirnerschütterung. Als der Hauptlehrer Ziegler auf den dumpfen Fall hin herbeieilte und die Frau tot am Boden liegen sah, erlitt er einen Herzschlag und war sofort tot.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwart, Druck: Friedr. Mener & Co. Sämtlich in Lübeck.

Wir gratulieren **Otto Boller** zum heutigen Geburtstag. Seine kleinen Geschwister u. Mutter.

Zu sofort oder 1. Februar ein **leeres Zimmer** zu vermieten in der Mauer 116.

Ein **Barterzimmer** leer oder als Logis zu vermieten Glandorffstraße 18.

Zu sofort od. sp. eine frdl. **Zweizimmerwohn.** sehr preisw. an ord. Leute. Näh. b. Schnepel, Wasserm. 2.

Brantvaar sucht zum 1. Februar **Zweizimmerwohnung**, Holstentor. Ang. mit Preisangabe u. A K an die Exp. d. Bl.

Gesucht eine **Zweizimmerwohnung** vor dem Hüttertort. Off. mit Preisangabe u. Z G an die Expedition d. Bl.

Eleganter Damen-Maschinenzug zu vermieten Reiferstraße 25.

Gesucht **Drahtarbeiter** zum Aufstellen von Drahtzäunen auf dauernde Arbeit.

Wandsbeck, Hamburgerstr. 31.

Gangbände zu verkaufen

Näheres Schönlampstraße 21 a. l.

Billig zu verkaufen neue Blüschgarnitur

Steinradweg 21.

Sonnabend und Sonntag stehen

Ferkel zum Verkauf.

Krögers Gasthof, Schwartau.

Wer würde einer Beamtenmitwe

mit 100 Mk. behilflich sein

gegen Sicherheit und Zinsen. Mo-

natliche Rückz. Ang. u. **WB 10** Exp.

Belten, Bettfedern

u. a. **Betten-Artikel**

kaufen Sie billig und reell bei

Markt Otto Albers Kohlmarkt

4. Otto Albers Kohlmarkt

z. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an.

Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.

Rote Lubeca-Marken.

Britetts Marke "Neuglück", als

Musterprobe 12 Stück

für 10 Pf., liefert prompt für

billigste Preise. **Sartof's** 100 Pfd.

nur 1.50 Mk., trocken vom Lager.

Tannenfortholz

(Brennholz). Meter 8 Mk., sowie

kleingepacktes in Säcken billigst.

Bestellungen werden prompt besorgt

frei **Saus. C. Prestin**, Wiedestr. 33.

Käse

kaufen Sie am besten und

billigsten

direkt ab Engroßlager

Untertrave 84.

Rasieren 10, Haarschneid. 25 Pf.
Karl Schöning, Maidenstr. 53

Rechnungs-Formulare
Die Buchdruckerei des
Lübecker Volksboten:
Johannisstraße 46.

9 Eier 60 Pfg.
Hans Wegener
ob. Wahnstr. 10.

Fischhalle Hansa
Fünhausen 33
empfehl ich bei Bedarf an **Fischen.**

R. Boy, König-
Er. 61, J. 1811.
Markt-Str. 46.
Seelachs, Schellfische, Rotzungen,
Fischlardonade, Kabliau, Dorsch,
Pamb. Stint Pfd. 10-15 Pf., frische
Brachsen, 2-3 Pfd. schwer, Pfd.
60 Pfg. Täglich frisch geräucherte
Aale, Bücklinge, Sprotten, Schell-
fische, Fleckerlinge, Matrelenbück-
linge, prima geräuch. Lachs.

Möllers billige Fleischquelle.
Jg. Rindfleisch . . . Pfd. 50 Pfg.
Schweinefleisch . . . 70 "
Karbonade . . . 80 "
Schinken . . . 80 "

Empfehle zum Sonntag:
Prima jg. fettes Rindfleisch 60 Pf.
" Bratenstücke 65, 70 Pf.
" Beefsteak 100 Pf.
" Roulleisch 80 Pf.
" Gulasch 70 Pf.
" Gehacktes 70 Pf.
" Kalbfleisch 50, 60 Pf.
" Keulen 60, 70 Pf.
" Schweinefleisch 80, 85 Pf.
" Hammelfleisch 70, 80 Pf.
" Keulen 80 Pf.

Schlachterei Hürstraße 79
Vertr. **Karl Jürgensen.**

Seize Knackwurst,
Brotwurst } **St. 10 Pf.**
Leberwurst
Kopffleisch.
Heinr. Viereck
Hürstraße 96.

Prima Rindfl., Kalbil,
Hammelfl. u. Kluttbeefsteak
zu billigen Tagespreisen liefert
Fritz Möller,
Waltenhauer 86.

Saison-Ausverkauf
Hans Kamerhuis
Herren-Artikel
Ob. Wahnstr. 17.
Ich hiete Ihnen kolossale Vorteile.

Farbige Westen
und Oberhemden
zu
enorm
billigen Preisen.

Getrocknete Früchte in grosser Auswahl.

| | |
|----------------------------------|-------------------------------------|
| Aprikosen Pfd. 60 Pfg. | Backbirnen . . . Pfd. 30 u. 50 Pfg. |
| Bickbeeren 70 " | Bananen Pfd. 50 " |
| Backobst gem. 40 " | Backäpfel 50 " |
| Fliederbeeren 40 " | Ringäpfel 55 " |
| Rosinen gr. u. kl. 45 " | Korinthen 30 " |
| Pflaumen Pfd. 20, 28 u. 35 " | Kirschen 40 " |

3 Sorten frische weinsäure Aepfel . . . 1 Pfd. 18, 2 Pfd. 35 "

Eduard Speck, Huxstr. 80-82.

Böjpe von 1.35 Mk. an.
Anfertigung sämtl. Haararbeiten
A. Dähn, Danforthstraße 63.

Empfehle:
Pa. fettes Rindfleisch Pfd. 60 Pfg.
" Bratenstücke " 70 "
" Gulasch " 70 "
" Gehacktes " 70 "
" Roulleisch " 80 "
" Beefsteak " 100 "
" Kalbfleisch Pfd. 50 u. 60 "
" Hammelfleisch Pfd. 75 "
" Schweinebraten " 80 "
" Karbonade " 90 "

F. Schröder Nachf.
Juh. T. Atmer
48 b Königsstraße 48 b.

Empfehle diese Woche ausnahmsweise prima junges kernfett. Rindfleisch Pfd. 60 Pf., Bratenstücke 65 und 70 Pf., Filet 1.20 Mk., Beefsteak 1 Mk., Roulleisch 80, Gulasch 70, Gehacktes 70, Schweinefleisch 80, Bratenstücke 80, Schinken 80 Pf., Hammelfleisch 70, Keule 80, Kalbfleisch 50 Pf., Keule 60 Pf.

Paul Boldt,
Schlachterei
Wahnstraße 22, Fernruf 2133.

Ger. Schweinebraten
ohne Knochen per Pfund 75 Pfg.
la. Schweinefleisch 75 Pfg.
auch Bratenstücke, Pfd.
Junges fettes Rindfleisch 60 Pf.,
Roulleisch 80 Pf., Scheibenbeefsteak
1 Mk., kleine Rauchstücke 85 Pf.,
Schwartz 70 Pf.

Bettes weißes Schmalz
von nur eigenen Schlachtungen,
per Pfd. 85 Pf., bei Ab-
nahme v. 4 Pfd. Pfd. 80 Pfg.
Aufentz per Pfd. 50 Pf., bei Ab-
nahme von 2 Pfd. per Pfd. 45 Pf.
M. Labrtz, Wütchenstraße 16.

Freie Jugend Lübecks.
Sonntag, den 16. Januar 1910,
von nachmittags 4 Uhr ab:
Vereinsabend
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Die Kommission.

Bringe mein Schuhwaren-
reparatur- und Maßgeschäft in
freundliche Erinnerung. Keine Ma-
schinenarbeit, nur reelle Handarbeit.
A. Thien, Glandorffstr. 13.

Holsten-Automat
G. m. b. H.
Holstenstr. 14.
Warme und kalte Speisen
Feinste belegte Brötchen 10 Pfg.
Helles u. dunkles Bier 10 Pf.
Fremden und hiesigem Publikum
bestens empfohlen.
Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.

Unterhaltungabend
des **Frauen- und Mädchen-**
vereins „Stofelsdorf“
(Theater-Aufführung und Tanz-
fränzchen)
Sonntag, 16. Januar 1910
in **L. Paetäus Gesellschaftshaus.**
Kasseneröffnung 5 Uhr. Anfang 5 1/2 Uhr
Ende 2 Uhr. Familienkarten 50 Pf.
Einzelfarten 30 Pfg.
Dazu ladet freundlich ein
Das Komitee.

Hansa-Theater.
Täglich 8 1/4 Uhr:
Nur noch wenige Aufführungen.
Gastspiel des **Thalia-**
Theaters, Elberfeld
„Das Sensations-Ereignis“

„Donnerwetter tadello“
Gr. hum. Ausst.-Revue in 8 Bildern
mit Ges. u. Ball. v. **Julius Freund.**
Musik von **Paul Lincke.**
1. Bild: Geburtstag der Venus.
2. Bild: Vor dem Hotel Kaiser-
hof in Berlin. 3. Bild: Ein Five
o'clock im Kaiserhof. 4. Bild:
Eine Reform-Kaserne. 5. Bild:
Aus Deutschlands grossen Tagen.
6. Bild: Auf der „Ua“ in Frank-
furt a. M. 7. Bild: Der Luft-
schiffer-Korso. 8. Bild: Grosse
Pracht-Apotheose (Deutschlands
Zukunft).

3 große Balletts
Eine wahre Pracht an
glänzender Ausstattung
u. feenhaften Lichteffekten.
Sonntag nachm. 4 Uhr,
bei kleinen Preisen.
Kyritz-Pyritz.
Bosse mit Gesang in 3 Aufzügen
(5 Bildern) von **H. Wilken** und
O. Jukimius.
Vorverkauf nur a. d. Theatertasse.

Nur noch eine Woche
Grosser Inventur-Ausverkauf!

Enorm ermässigte Preise!!!

Herren-Paletots, Anzüge, Joppen, Hosen, Knaben-Anzüge, -Paletots.

Spille & v. Lüfmann, Lübeck,
 Sandstr.

Grösstes erstklassiges Spezialhaus für Herren- und Knaben-Garderobe.

Der nur noch **5 Tage** währende

Inventur-Verkauf

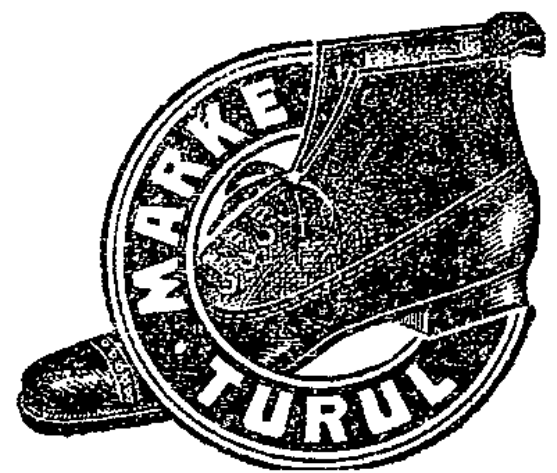
bietet kolossale Vorteile!

In sämtlichen Abteilungen des Hauses sind
 Restbestände im Preise



bis **75%**
 herabgesetzt.

Holstenhaus

G. m. b. H. ≡ Lübeck ≡ Holstenstrasse.



Beste Qualität. — Erprobte Passform.
 — Garantie für Haltbarkeit. —

Spezialmarke  25 Mk.
 Original Goodyear Welt  25 Mk.

TURUL-SCHUHFABRIK
ALFRED FRANKEL KOM.-GES.

VERKAUFSSTELLE:
LUBECK

49 Breitestrasse 49.

Filialen in allen grösseren Städten Deutschlands.

 Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
 Taschenuhr reinig. 1.50 Mk.
 1 Jahr Garantie.
Ernst Geutzen, Uhr-
 macher,
 Königstr. 62, h. d. Hühner.
 Gebe rote Rabatmark.

 **Reparatur, billig u. gut**
 Federneinsetzen 1.50 Mk.
 Reinigen . . . 1.50 .
 Glas 0.30 .
G. Reese, Uhr-
 macher,
 Hühnerstr. 22-24.

— Apfelsinen, süsse Früchte —
 1 Dhd. 75 Pfg.
 1 Dhd. 40 Pfg.
 Adler-Drogerie, Schwartau.
 Hemming von Minden Nachfl.
 Inh.: Robert Tern.

Stadthallen-theater.

Sonntag, 16. Januar. 7 1/2 Uhr.

Liebeslisten (Lethe).

Schwanz von Gobbis.

Vorher: „Margott“, Schauspiel
 in 1 Akt aus dem Zyklus „Rosen“
 von H. Sudermann.

Vorverkauf täglich in den bekannten
 Stellen bei Nagel, Markt 14, und
 Rob. Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.

Sonntag, 15. Januar. 7 1/2 Uhr.
 Ausnahmeweise Mittelpreise.

Hänsel und Gretel.

Märchen-Oper von Humperdinck.
 Hierauf Rosen a. d. Süden. Ballett.
 Sonntag, 16. Jan. Nachm. 3 Uhr.
 Außer Abonnement.

Schneewittchen

und Ballett. Nachmittagspreise.
 Sonntag, 16. Jan. Abends 7 Uhr.

Die Fledermaus.

Ouverture von Strauß.

Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Lübeck.

Außerordentliche

Mitglieder - Versammlung

am Sonnabend, 15. Januar 1910

abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:

1. Der Stand unserer allgemeinen Tarifbewegung.
2. Unsere Forderungen zum neuen Arbeitsvertrage.
3. Beschlussfassung über den vom Vorstand ausgeschriebenen Extrabeitrag.

Die Ortsverwaltung.

Konzerthaus Friedrichshof.

Sonntag, den 16. Januar 1910:

Grosses Tanzkränzchen

verbunden mit Bockbierfest.

Anfang 5 Uhr Kappen gratis. Eintritt frei.

1. öffentliche Maskerade

am Sonntag, dem 30. Januar 1910.

➔ Vorzugskarten 30 Pfg. sind im Lokal zu haben. ➔

Landverpachtung.

Die früher Beuthiensche Koppel, grenzend an Schönböckenerstr.
 direkt an der Schule hinter der Fadenburger Allee, ist in Parzellen zu
 verpachten.

Hiby & Co.

Sonntag 9 bis 12 Uhr im früher Beuthienschen Hause, gegenüber
 der Danja-Galle.

Konzerthaus Fünfhausen.

Montag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

Wissenschaftl. Experimental-Vortrag mit Lichtbildern.

Reinh. Gerling, Berlin, spricht über

Rätsel des Seelenlebens

und die

Wunder der vierten Dimension,

Spiritismus, Sonnenanbeterismus etc.

Vorführung und Erklärung spiritistischer Phänomene.

Eintritt 50 Pfg., 1 Mk., 2 Mk. im Vorverkauf bei G. Welland, Buch-
 handlung, Königstr. 70-72; an der Abendkasse 75 Pfg., 1.25 u. 2.50 Mk.